

STICH

14. JAHRG.
3/96
SEPTEMBER 1996



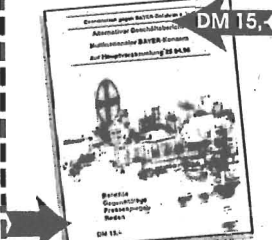
1976 - 1996: 20 JAHRE SEVESO. STOPPT DIE CHEMIE-
GEFAHREN BEI BAYER UND ANDERSWO.
BAYER-PESTIZIDE: DECKMANTEL ÖKOLOGIE
BAYER-ABFALL: NUR NICHT KONKRET WERDEN
BAYER-VERGANGENHEIT: ZWANGSARBEIT IN LEVERKUSEN
KAMPAGNE: BESCHLEUNIGUNGSGESETZE STOPPEN

WORT...

DIE ANDEREN INFORMATIONEN ZU EINEM MULTINATIONALEN CHEMIEKONZERN

Alternativer BAYER-Geschäftsbericht

Mit allen Reden, Gegenanträgen, Berichten, Pressespiegel und Infos zur Hauptversammlung 96. 80 Seiten. Jetzt bestellen!



An: CBG, PF 150418, 40081 Düsseldorf. Bitte V-scheck (zzgl. DM 8,- für Porto + Verpackung) beilegen.



Plakatserie: Frauenfeindlich, geschmacklos, daneben.

Anfang Juli startete BAYER eine bundesweite Aktion mit großformatigen Plakaten für das Anti-Fußpilzmittel CANESTEN. Ein riesenhafter Frauenkopf, den Mund zu einem Kuß gespitzt kurz vor der Berührung eines Fußes an einem stark behaarten Bein. Slogan: "Liebe Deine Füße." Die ganze Aufmachung legt die folgende gedankliche Umformung nahe: "Liebe seine Füße." Oder: "Frau, Du sollst des Mannes Füße lieben, küssen." Oder: "Die Frau sei dem Manne untertan." Amen.

Für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit. Helfen Sie mit.

Noch immer findet STICHWORT BAYER nicht ausreichend Verbreitung. Deshalb bieten wir allen Abonnentinnen und Mitgliedern die Möglichkeit, zusätzliche Hefte für DM 2,- pro Stück für die Weitergabe an Freunde & Bekannte zu kaufen. Hinzu kommt noch Porto: DM 2,- bis 2 Hefte, DM 5,- ab 3 Hefte.

COUPON

Ja, ich bestelle zur regelmäßigen Lieferung (4x/Jahr) zusätzlich zu meinem Abo- bzw. meiner Mitgliedschaft

// 2 Expl. STICHWORT BAYER für DM 4,- zzgl. DM 2,- Porto

// 5 Expl. STICHWORT BAYER für DM 10,- zzgl. DM 5,- Porto

// 10 Expl. STICHWORT BAYER für DM 20,- zzgl. DM 5,- Porto

Name _____
Vorname _____
Straße _____
Ort _____ Tel. _____

Diese Konditionen gelten nur in Verbindung mit einem regulären Grundabo. Falls dies (oder eine Mitgliedschaft) noch nicht besteht, wird hiermit ein Abo zu Normalbedingungen (siehe Impressum) mitbestellt.

CBG, PF 15 04 18, 40081 Düsseldorf

PESTIZIDE

Deckmantel Ökologie
BAYER & Co verharmlo-
sen Gefahren

SEITE 4

ABFALL

Nur nicht konkret werden
Das "neue" Abfallentsor-
gungskonzept von BAYER

SEITE 9

KAMPAGNE

Beschleunigungsgesetze
stoppen!

SEITE 9

SCHLAGLICHTER

AKTION & KRITIK, S. 16
IG FARBEN & HEUTE, S. 16
KAPITAL & ARBEIT, S. 17
POLITIK & EINFLUSS, S. 18
PROPAGANDA & MEDIEN, S. 18
DRUGS & PILLS, S. 19
GENE & KLONE, S. 20
PLASTE & ELASTE, S. 20
PESTIZIDE & HAUSHALTSGIFTE, S. 20
HOLZ & GIFTE, S. 22
WASSER, BODEN & LUFT, S. 22
UMWELT & SCHMUTZ, S. 22
GIFT & MÜLL, S. 22
STANDORTE & PRODUKTION, S. 22
IMPERIUM & WELTMARKT, S. 23
WISSENSCHAFT & FORSCHUNG, S. 23
UNFÄLLE & KATASTROPHEN, S. 24
SPORT & MEDAILLEN, S. 24

SEITE 16

20 JAHRE SEVESO

Rückblick, Aufruf: Stoppt
die Chemiegefahren bei
BAYER und anderswo

SEITE 11

PESTIZIDE

BAYER-Werbung: Der
plötzliche Tod - eine
deutsche Spezialität

SEITE 25

IG FARBEN

Violettes "P" auf gelbem
Grund: Zwangsarbeit in
Leverkusen

SEITE 26

STICHWORT BAYER 3/96
IMPRESSUM

STICHWORT... - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern. 14. Jahrgang Postvertriebsstück F 10848 Hg.: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.) Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit. Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Je ein Exemplar von STICHWORT... wird dem Vorstand des BAYER-Konzerns, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT... behandelt werden. Themen, Stellung zu beziehen. Redaktion: v. i. S. d. P. Hubert Ostendorf (Hg.). Mitarbeit: Phillip Mimkes (pm), Axel Köhler-Schaur (aks), Uwe Friedrich, Melanie Williams, Dirk Heide, Uner, etc. Gegen Bayer & Co. **COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), Postfach 15 04 18,**

41081 Düsseldorf. Wir bitten um Zusage von LeserInnen-, Profist- und Bestellbriefe. Geschäftsstelle: Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940 Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100, Post giroamt Essen, Konto Nr. 378383 - 439, BLZ 360 100 43 Eigenverlag, Satz, Layout, Vertrieb: CBG Druck: Tiamat, Düsseldorf Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreislste vom 01.01.1994 (1/1 S. sw DM 1.000,-, 1/2 S. DM 600,-, 1/3 S. = 1 Spalte DM 350,- zzgl. MWSt.) STICHWORT... erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr. Abopreise: * Einzelabo (wird nur an Privatadressen geliefert, nur für Einzelpersonen möglich) DM 48,- (auf Antrag Ermäßig. auf DM 30,- mögl.) * Für Archive, Vereine, Firmen, Institutionen etc. DM 100,- (für Projekte ohne Geldermäßigung möglich) * Gruppenabo (5 Hefte je Ausg. für den Vorstand/die Mitglieder) DM 130,- * Ausland: Einzelpersonenabo DM 75,-, Archive, Vereine, Institutionen etc. DM 150,-, Gruppenabo (5 Hefte je Ausgabe) DM 200,- * Soli-Abos: Hier kann der Betrag über den regulären Betrag freiwillig erhöht werden. (Damit ermöglichen wir Abos für Kranke und Bedürftige.)

* Freiverkaufabo: Nur zusätzlich zu einem regulären Grundabo möglich, DM 2,- je Heft je Ausgabe (Bitte angeben, wie viele Heftregelmäßige Ausgabe geliefert werden sollen.) * Austausch-Abos mit anderen Zeitungen möglich und erwünscht * Für Mitglieder und Förderer der CBG ist das Abo eines Heftes (bei Einzelpersonen) bzw. von 5 Heften (bei Gruppen) im Mitgliedsbeitrag enthalten. * Der Bezug von Einzelheften wird mit DM 5,- je Heft zzgl. DM 5,- für Porto/Verp. berechnet. Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT... ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtl. geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT... ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen. Zur Aufnahme in den portofreien Postdienst hat die Post AG verfügt, den Firmennamen BAYER aus dem Titel dieser Zeitschrift zu streichen. STICHWORT... ist hervor- gegangen aus STICHWORT BAYER.

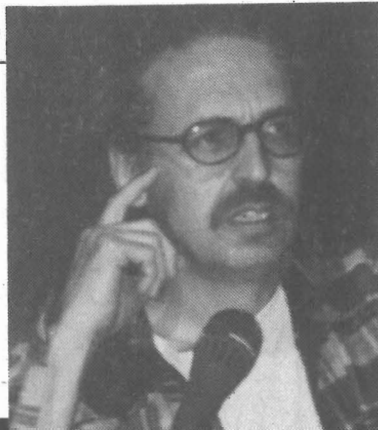
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Seveso ist Präzedenzfall der chemischen Industrie. Sowohl im Hinblick auf das Ausmaß der Katastrophe 1976 in Italien, als auch was die "Bewältigung" derselben betrifft. Immerhin wird heute, 20 Jahre nach Seveso, am Ort der Katastrophe der Dioxin-Müllberg als Freizeitpark eröffnet, wohlgemerkt für die betroffene Bevölkerung. Und in Deutschland mutiert der renommierte Chemiekritiker und Autor des Buches "Seveso ist überall" Fritz Vahrenholt zum eifernden Verfechter billigster Chemie-Propaganda.

Die Tragödie in Seveso öffnete 1976 den Menschen die Augen über die Gefahren der chemischen Produktion. Weltweit kam eine Bewegung für die "Sicherheit chemischer Produktion" in Gang. Heute erleben wir das Rollback, das offensive Zurückdrängen sicherheitspolitischer Forderungen.

Auch wir fordern seit Gründung unseres Netzwerkes im Jahr 1978 anlässlich zweier Beinahe-Katastrophen im BAYER-Werk Wuppertal mehr Sicherheit bei BAYER. Auch wir erleben heute den Versuch, uns in die Ecke zu drängen.

Unsere Forderung "nach Schließung gefährlicher Chemieanlagen in Wohngebieten" war 1978 noch von so breitem Konsens getragen, daß die nordrhein-westfälische Bauminister sogar einen "Abstandserlaß" in die Baugesetzgebung einfügte, um gefährliche Produktionsanlagen in Wohngebieten auch tatsächlich schließen bzw. den Neubau solcher verhindern zu können. Heute hat die Industrie diesen



Axel Köhler-Schnura ist Mitglied im Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

"Abstandserlaß" in zähem Kampf der Winkeladvokaten längst ausgehebelt und ihre Unterstützer breit plaziert. "Erstens ist sowieso alles längst sicher geworden und zweitens werden durch überzogene Sicherheitsforderungen Arbeitsplätze gefährdet" - so tönt es allenthalben.

Auch die IG Chemie macht mit. "Betrieb ex, Arbeitsplätze hopp" - unter dieser Schlagzeile greift die Chemie-Gewerkschaft im Mai 1996 in einem Info für die BAYER-Belegschaft Wuppertal unsere Sicherheitsforderungen an: "Mit einer Fülle von Veranstaltungen und immer wieder gerne auf der alljährlichen Aktionärs-Hauptversammlung stellt diese Koordination Anträge, so viele Unternehmensteile der BAYER AG wie möglich zu schließen: Betriebe ex, Arbeitsplätze hopp." Abgesehen davon, daß diese Unterstellungen böse Polemik sind, stimmt es tatsächlich, daß auch im Jahr 20 nach Seveso wir die Einzigen sind, die auf der BAYER-Hauptversammlung das Thema der Sicherheit chemischer Produktion auf die Tagesordnung setzen. Und dies, obwohl die Interessenvertreter der Belegschaft, die GewerkschafterInnen der IG Chemie, dort zahlreich - sogar als ge-

wählte AufsichtsrätInnen - anwesend sind. Allerdings - und das haben die KollegInnen von der IG Chemie unterschlagen - fordern wir die Schließung der gefährlichen Anlagen in den Wohngebieten stets "bei Erhalt aller Arbeitsplätze"!

Und so wird auch ein Schuh daraus: Es geht nicht darum, einfach Betriebe platt zu machen, sondern um eine Umstellung der Produktion. Wieso sollen denn KollegInnen bei BAYER nicht umwelt- und menschenverträglich produzieren können? Ohne große Risiken für Beschäftigte und AnwohnerInnen - von dem berühmten Hammer, der einem auf den Fuß fallen kann, einmal abgesehen?

In Wahrheit geht es um etwas ganz anderes, die Profite. Sicherheit kostet Geld. Umbau kostet Geld, Arbeitsplätze kosten Geld. Deshalb werden die Forderungen nach mehr Sicherheit diffamiert. Und obwohl es die Vorstände bei BAYER sind, die Jahr für Jahr Tausende von Arbeitsplätze vernichten, 1991 bis 1995 mehr als zwanzigtausend, sollen jetzt die KritikerInnen als Buhmann erhalten.

Statt gegen uns und andere KritikerInnen zu polemisieren, täte die IG Chemie 20 Jahre nach Seveso besser daran, die KollegInnen und die Bevölkerung über die tatsächlichen Gefahren in den Werken aufzuklären und für die Sicherheit in den Werken aktiv einzutreten. Zumal mit Einzug der Gentechnik in die Chemie-Werke - auch bei BAYER - sich die Gefahrenpotentiale weiter erhöhen werden.

Axel Köhler-Schnura

BAYER.

Buchbesprechung:

Deckmantel Ökologie

BAYER & Co reden Pestizid-Gefahren schön

(ho) Der BAYER-Konzern und die gesamte Industrie werden von einer wachsenden Umweltbewegung kritisch beargwöhnt. Was für Manager "Holz- und Pflanzenschutzmittel" oder "hochwertige Kunststoffe" sind, verbindet die Öffentlichkeit immer häufiger mit Begriffen wie "Seveso, Bhopal" und "Tod". Die Gefahren der Chemie lauern überall; Unfälle und Katastrophen der jüngsten Vergangenheit bei HOECHST, BASF und auch bei BAYER belegen dies auf traurige Weise. Der Rechtfertigungsdruck der Konzernlenker steigt. Doch statt die Emissionsquellen zu beseitigen, haben skrupellose Strategen Konzepte entwickelt, die Öffentlichkeit zu täuschen. Mit Tarnnamen, die verblüffend an Begriffe der Umweltbewegung erinnern, sollen Gefahren schöngeredet werden. Der von der gesamten Branche in großspurigen Anzeigen beschworene Dialog verkommt zur Farce, wenn etwa die durch besagte sog. Holzschutzmittel verursachte Massenvergiftung durch systematischen Einkauf der meisten führenden "Experten" wegbegutachtet werden.

In "Deckmantel Ökologie" enthüllt das Autorenteam Claudia Peter und Hans Joachim Kursawa-Stücke zudem, auf welche perfide Art die "ökologischen Vorteile" von Wegwerfverpackungen propagiert werden oder wie aus umweltgefährdender Müllverbrennung ein so harmlos anmutender Vorgang wie "thermisches Recycling" wird. Der spannend geschriebene Report entlarvt die Hintermänner der Desinformation und ist für alle, die sich gegen die Gefahren der Industrialisierung zur Wehr setzen (wollen) eine unverzichtbare Argumentationshilfe.

Nachfolgend dokumentieren wir ein Kapitel von Claudia Peter, das belegt, auf welcher dreiste Art und Weise der Verband der Pestizidindustrie, in dem BAYER maßgeblich den Ton angibt, eine ganze Republik hinters Licht geführt wird.

Pestizide - Porträt einer sanften Absatzstrategie Von Claudia Peter

Eine ... Idee ... blieb bei ... in die Kritik geratenen Branchen beliebt. Die Öffentlichkeitsarbeit firmenübergreifend auszulagern, um unter neutralem Logo mit größerer Aussicht auf Erfolg um öffentliche Akzeptanz werben zu können. Besonders sorgfältig ging bei diesem Unterfangen der Industrieverband Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfungsmittel (IPS) vor. Der Dachverband der Pestizid-Industrie hatte Ende der siebziger Jahre mit einem gewaltigen Imageproblem zu kämpfen. Neben der Atomindustrie war die landwirtschaftliche Chemie die zweite Branche, die schon traditionell im Scheinwerferlicht einer zunehmend umweltbewußten Öffentlichkeit stand. Begonnen hatte alles in den sechziger Jahren mit dem ersten Umwelt-Bestseller der Nachkriegszeit, Rachel Carsons *Der stumme Frühling*. Dieses Buch, das viele als den Ursprung der Umweltbewegung überhaupt ansehen, weckte erstmals das Bewußtsein für die Gefahren von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere DDT. Seit seinem Erscheinen waren die Chemiekonzerne mit ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der Defensive. Und seither machten sie professionelle Öffentlichkeitsarbeit. Daß dabei ganz nach Art des verpönten Sozialismus in "Dreijahresplänen" vorgegangen wurde, offenbarte der IPS einer staunenden Öffentlichkeit eher unfreiwillig. Denn der vierte Dreijahresplan mit dem Titel "Vorschläge für die Öffentlichkeitsarbeit des IPS für die Jahre 1979 bis 1981" war im Herbst 1980 dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zugespield worden. Dieser, nicht faul, las, dachte nach, machte das Dokument der Presse zugänglich und bot schließlich in seiner Zeitschrift *Umweltmagazin* allen Interessenten an, ihnen gegen einen Unkostenbeitrag von vier Mark eine Kopie der Strategieschrift zu senden.

Der Pressewirbel traf den IPS zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt, denn gerade war es um die Atomenergie etwas ruhiger geworden, und die Manager fürchteten, nun mit den Pestiziden anstelle ihrer Kollegen aus der Atomwirtschaft ins Zentrum der öffentlichen Kritik zu geraten. Genau gegen diese Krise hatte die Strategiestudie Rezepte finden sollen. Auf ihre Veröffentlichung durch den BBU reagierte der Verband hochgradig nervös. Er bemühte das Landgericht Mannheim, um die Umweltschützer daran zu hindern, die Studie zu verbreiten. Das Ergebnis war ein klassischer Pyrrhussieg. Das Gericht gab den Industrievertretern teilweise recht. Dem BBU wurde bei Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 Mark untersagt, die Studie weiterhin zu vervielfältigen und auf Bestellung zu verschicken. Begründung: Das Werk sei eine "eigenpersönliche geistige Schöpfung" und genieße damit den Schutz des Urheberrechts.

Allerdings hatte der IPS gleichzeitig verlangt, auch Zitate aus seiner Studie zu untersagen. Diesem Verlangen entsprach das Landgericht nicht. Denn der Artikel, in den die Zitate eingearbeitet waren, sei ebenfalls eine persönliche geistige Schöpfung der Verfasserin, der Freiburger Umweltjournalistin Monika Zimmermann. Sie sei zu Zitaten unter Quellenangabe durchaus berechtigt. Durch das juristische Vorgehen erreichte der IPS das genaue Gegenteil dessen, was er beabsichtigt hatte. Die "Geheimstudie" schrieb Presserechtsgeschichte und wurde im Verlauf des Prozesses mindestens dreimal so häufig zitiert wie vorher. Sogar der *Spiegel* zeigte Interesse, ging es doch plötzlich um eine der wichtigsten Grundlagen journalistischer Arbeit: Ein Erfolg des IPS hätte für jede kritische Berichterstattung das Aus bedeutet, die sich auf Quellen des Kritisierten stützt.

Den Verbandsoberen war das Bekanntwerden ihrer PR-Strategie

sichtlich peinlich, und sie wußten sehr wohl, warum. Die Studie enthielt detailliert Regieanweisungen für eine konzertierte PR-Aktion, um das Ansehen der Pestizide in der Öffentlichkeit zu heben. Der anonyme Autor empfahl, in den Methoden der Öffentlichkeitsarbeit zwischen "Negativ-Eingestellten" (Grüne, Verbraucherverbände, Gesundheitsapostel, Erhard Eppler) (!) und "Positiv-Eingestellten" (Verband der chemischen Industrie, Bauernverband und andere) zu unterscheiden. Mit letzteren sollte eine Kooperation versucht werden. "Zweifellos wirkt selbst ein Feuerwerk von Öffentlichkeitsmaßnahmen nicht überzeugend, wenn hierbei die IPS als Alleinkämpfer auftritt", erkannten die Verbandsoberen. Als Zielgruppen seiner Maßnahmen identifizierte der IPS "Meinungsmultiplikatoren" wie Journalisten, Lehrer und Pfarrer sowie Entscheidungsträger und zu guter Letzt die Verbraucher als "Meinungsempfänger". Journalisten und Lehrern galt seine besondere Fürsorge. Ersteren wurden Fahrten zu einem "attraktiven Reiseziel" in Aussicht gestellt, auf daß sie sich kundig machen könnten über die durch Pflanzenschutzmittel in den Entwicklungsländern erzielten Überlebenschancen der Menschen. Auch die Bauern sollten nicht leer ausgehen. Regelmäßige Informationsblätter für sie waren der Dreh- und Angelpunkt der geplanten Aktion. Extra für Schüler sollte ein Brettspiel "à la Monopoly" entwickelt werden, bei dem sich auf dem Spielfeld "negative Ereignisse" (Dürre, Schädlingsbefall) mit positiven Wendungen wie Düngung, Regen und chemischem Pflanzenschutz (!) abwechseln sollten. Zum Weiterarbeiten mit Informationsblättern über die Nützlichkeit der Pestizide sollte die Schüler ein Wettbewerb animieren. Die Preise hätten sicherlich Begeisterung ausgelöst: 50 wertvolle Laboreinrichtungen für Schulen wollte der Verband auslösen. Auch die Verlierer sollten nicht leer ausgehen: Sechs Werksbesichtigungen bei Pflanzenschutzmittelherstellern und dreihundert Wandkalender mit "wissenschaftlichen Fotografien aus dem Bereich des chemischen Pflanzenschutzes" waren für sie vorgesehen.

Für die Authentizität des Papiers

sprach, daß ein Kostenvoranschlag gleich mitgeliefert wurde. Der Verband rechnete insgesamt mit Ausgaben in Höhe von weit über anderthalb Millionen Mark. Doch Journalisten, Reiseveranstalter und Chemielabor-Einrichter freuten sich zu früh. Nach der Panne mit der "Geheimstudie" war den IPS-Managern die Lust auf Öffentlichkeit so gründlich vergangen, daß sie sich ein paar Jahre später sogar umbenannten: Der einstige Industrieverband Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel ist jetzt unter dem Namen "Industrieverband Agrar" aktiv.



Propaganda in Leverkusen: Tausende kommen zum Tag der sog. offenen Tür.

Doch das Strategiepapier war nicht vergebens geschrieben worden. **Genau nach der vom IPS gelieferten Gebrauchsanweisung wurde ein neuer Verein konstruiert, der 1984 auf der Bonner Bildfläche erschien und sich zunächst an der Lobbyeile Poppelsdorfer Allee ansiedelte. 1994 gelang dann der Umzug an eine speziell für die Zwecke dieses Vereins besonders geeignete Adresse: Die Rochusstraße, direkt gegenüber dem Bundeslandwirtschaftsministerium. Der Zusammenschluß nannte sich "Fördergemeinschaft integrierter Pflanzenbau e.V.", kurz und zärtlich FIP gerufen. Schon dieser Name war geeignet, bei Experten wegen seiner Verwechselbarkeit mit einer ganz anderen Organisation Verblüffung auszulösen. Denn einer der bekanntesten Verfechter biologischer Anbaumethoden war damals die "Fördergemeinschaft organisch-**

biologischer Landbau", heute allgemein bekannt unter dem eingängigen Kürzel "BioLand". Außerdem wurde der FIP von einem allseits bekannten Brancheninsider initiiert, der bis dato die Interessen der Stickstoffindustrie vertreten hatte: dem Chemiker und Landwirt Dr. Helmut Nieder. Den Verdacht, daß sich hinter dem neuen Verein Gegner des ökologischen Landbaus verbergen könnten, versuchte er mit Hilfe zahlreicher Hochglanzbroschüren zu zerstreuen. "Integrierter Pflanzenbau bedeutet, daß die einzelnen Faktoren des Pflanzenbaus wie Sortenwahl, Fruchtfolge, Anbautechnik, Pflanzenernährung und Pflanzenschutz aufeinander abgestimmt werden", wurde da erläutert. Wenn dabei bestimmte Regeln beachtet würden, heißt es weiter, sei das Ergebnis "eine Landwirtschaft im Bunde mit der Natur".

Über die Methodik dieser Landwirtschaft wollte die Fördergemeinschaft in erster Linie die Bauern selbst informieren. Deshalb produzierte sie aufwendig gestaltete Anzeigerserien zu Themen wie Bodenbewirtschaftung, Wasser, Sortenwahl oder Fruchtfolge. Anschauungsunterricht bieten bis heute die überall in Deutschland verstreuten Mitgliedshöfe des FIP-Projekts "Landwirtschaft zum Anschauen". Sie haben vor allem - wie schon in der alten IPS-Studie gelehrt - die Aufgabe, die segensreichen Prinzipien des integrierten Pflanzenbaus in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Deshalb stellt die Fördergemeinschaft ihren Landwirten ein "Handbuch Öffentlichkeitsarbeit" zur Verfügung, das die PR-Laien auf den Höfen in der geschickten Präsentation ihrer Arbeit schulen soll. Werbemittel wie Plakate, Hinweisschilder oder Luftballons für die empfohlenen "Tage der offenen Tür" liefert der FIP auf Bestellung gleich selbst.

Betrachtet man die zahlreichen Materialien, so nimmt sich die Fördergemeinschaft aus wie ein großangelegter Nachhilfeunterricht für Landwirte. Spätestens seit dem Pflanzenschutzgesetz von 1986 sind die Bauern nämlich gesetzlich verpflichtet, nach den Regeln des integrierten Pflanzenbaus zu wirtschaften. Dort wie in vielen anderen Gesetzen und Verordnungen

mäße Landwirtschaft ist integrierter Pflanzenbau. In der Praxis bedeutet das unter anderem, bei der Schädlingsbekämpfung mechanischen und biologischen Methoden den Vorzug zu geben und erst bei Erreichen eines bestimmten Schadenniveaus quasi als letztes Mittel genau kontrolliert zu "spritzen". In diesem Sinne wird der integrierte Pflanzenbau auch von den Umweltverbänden durchaus begrüßt - als erster Schritt weg von der "chemischen Keule".

Beim Blick in die Liste seiner Mitglieder entpuppt sich der FIP allerdings als Gemeinschaftsaktion einer einzelnen Branche - der Chemieindustrie. Laut Satzung können nur korporative Mitglieder, das heißt Firmen oder andere juristische Personen aufgenommen werden. Unter den derzeit 33 Mitgliedsorganisationen ist die Chemiebranche durch bekannte Unternehmen vertreten. Im Vorstand findet sich die BASF AG aus Ludwigshafen ebenso wie die BAYER AG und die AgroEvo, der 1994 entstandene Zusammenschluß zwischen den Pflanzenschutzabteilungen der beiden anderen großen deutschen Chemiekonzerne, HOECHST und SCHERING. Ebenfalls vertreten ist der Verband der chemischen Industrie (VCI) und der Industrieverband Agrar. Letzterer ist ein alter Bekannter. Noch vor fünfzehn Jahren hieß er "Industrieverband Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel" und zog gegen Veröffentlichungen von Umweltverbänden vor Gericht.

Ungewöhnlich erfolgreich war der FIP bei dem Versuch, auch Vertreter aus Politik, Berufsverbänden und der Wissenschaft für seine Ziele zu gewinnen. Im Beirat des Vereins tummeln sich unter anderem das hessische, bayerische, rheinland-pfälzische und schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerium. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten fehlt ebensowenig wie verschiedene Landwirtschaftskammern und der deutsche Raiffeisenverband. Die Anwesenheit der Ministerien ist leicht zu erklären: Verordnungen und Grenzwerte für den Gebrauch einzelner Pestizide werden von Bund und Ländern gemeinsam erarbeitet. Nur die Länder haben über ihre

unteren Naturschutzbehörden und Landwirtschaftsämter die Instrumente, um über die Einhaltung solcher Vorschriften zu wachen. Auch FIP-Geschäftsführer Nieder räumt ein, daß die Zusammenarbeit mit den Behörden ausgesprochen produktiv ist: "Die Landwirtschaftsämter, zum Beispiel in Bayern, haben einen Warndienst, der bei Problemen auch zu Pestizideinsatz rät. Wir (der FIP, d. Verf.) haben einen Arbeitskreis, der nennt sich Forschung, Versuche, Beratung. Da sitzen die Kollegen aus der chemischen Industrie und aus den Landwirtschaftsämtern der einzelnen Regionen ... und wir unterhalten uns über die Probleme. Wie bauen wir in den Regionen an, welche Maßnahmen müssen wir ergreifen?" **Mit anderen Worten: Was integrierter Pflanzenbau ist, bestimmen die Hersteller chemischer Pflanzenschutzmittel - in trauter Eintracht mit den staatlichen Aufsichtsbehörden. Keine dieser Institutionen sitzt jedoch im Vorstand der Fördergemeinschaft. Dort haben die Vertreter der Industrie eine satte Mehrheit. Ebenso dominant ist ihre Stellung im Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, der für die Außendarstellung der Fördergemeinschaft zuständig ist. Hier sitzen, ganz wie im Deutschen Atomforum auch, die Öffentlichkeitsarbeiter der Mitgliedsfirmen und bestimmen über die PR-Arbeit der Pestizidbranche. Die Chemiefirmen BAYER, BASF und AgroEvo stellen fünf von elf Mitgliedern dieses Arbeitskreises. Der AgroEvo und BAYER ist die Arbeit dort so wichtig, daß sie sich sogar von jeweils zwei Mitarbeitern vertreten lassen.**

Die Förderungsgemeinschaft geht geschickt vor. Darstellungen von blühenden Wiesen, wogenden Feldern und tatkräftigen Bauernfamilien überwiegen in den zahlreichen Werbebroschüren. Sie sollen zeigen: Die Förderungsgemeinschaft kümmert sich um die Verbreitung integrierter Anbaumethoden. Pestizide und Grenzwerte werden nur en passant angesprochen.

Doch hier wird die Sprache plötzlich sehr konkret. Zwar räumt der Werbetext zum Stichwort "Pflanzenschutz" ein, daß "Fehler bei der Sortenwahl, zu enge Fruchtfolgen und die damit zwangsläufig verbun-

denen hohen Aufwendungen an Pflanzenschutzmitteln nicht nur zu finanziellen Belastungen der Landwirte (führten), sondern stellenweise auch zu Beeinträchtigungen von Natur und Umwelt". Aber: "Nicht das hundertprozentig 'saubere' Feld ist das Ideal moderner Landbewirtschaftung, sondern eine nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unkrautarm gehaltene Kultur."

Einige Grenzwerte sind der Förderungsgemeinschaft ein besonderer Dorn im Auge. So lasse der "Quasi-Nullwert" für Pflanzenschutzmittel "Fragen offen", formulieren die Produzenten ebendieser Pflanzenschutzmittel. **Selbst bei "geringfügigen Überschreitungen" würde keine Gefahr für Menschen drohen, da ein Mensch, der täglich 0,1 Mikrogramm Pflanzenschutzmittelreste aufnehme, "in 70 Jahren die Dosis eines Salzkorns" erreiche. Das ist nicht schlimm, beruhigt der FIP: "Fachleute versichern, daß selbst ein 1.000fach höherer Grenzwert die Gesundheit nicht schädigt."** Welche Fachleute das sind, verrät der Text nicht. Doch wer den Autoren bis hierher zugestimmt hat, für den ist das Folgende nur noch logisch: "Inzwischen reift die Erkenntnis, daß in utopische Höhen katapultierte Anforderungen ... in die Sackgasse führen. Umwelt- und Gesundheitspolitik muß Null-Wert-Philosophien eine klare Absage erteilen, weil deren Verwirklichung in einem Land mit dichter Besiedelung, hochentwickelter Industrie und intensiver Landwirtschaft unmöglich ist."

Das Konzept des integrierten Pflanzenbaus ist im Grunde alt. Schon als die Pestizide in der Landwirtschaft Einzug hielten, gab es Warnungen vor den möglichen Folgeschäden ihres Einsatzes. Aus dieser Anfangszeit rührt auch bereits die Empfehlung, biologischen und mechanischen Schutzmaßnahmen der Schädlingsbekämpfung Vorrang einzuräumen. Doch es folgte eine Periode der Chemie-Euphorie in der Landwirtschaft, in der die einzige Sorge der Bauern etwaigen Krankheits-symptomen ihrer Hochertragssorten galt. Dagegen wurde mit allen (chemischen) Mitteln vorgegangen. Die Folgen zeigten sich bald: Es gab beispielsweise Baumwollpflanzungen, in denen die

Baumwollpflanzungen, in denen die Schädlinge gegen die verwendeten Mittel Resistenzen entwickelten, also überlebten und bestens gediehen, während die Baumwolle einging. Ähnliche Tendenzen zeigten sich bei vielen einheimischen Nutzpflanzen. Die Landwirte begannen, das Vertrauen in Pflanzenschutzmittel zu verlieren. Der Verbrauch stagnierte und ging sogar kontinuierlich zurück (so verzeichneten die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland zwischen 1991 und 1994 einen Absatzrückgang um fast ein Drittel), während gleichzeitig angesichts von Pestizidrückständen in Lebensmitteln, im Trinkwasser und vor allem in der Muttermilch die Kritik aus der Bevölkerung wuchs. Spektakuläre Entscheidungen folgten, so das Verbot des ertragsstarken Herbizids ATRAZIN, von dem der Schweizer Hersteller CIBA GEIGY schwer getroffen wurde.

In der Chemieindustrie traf man angesichts dieser Entwicklung die ökonomisch vernünftigste Entscheidung: Die schönen Zeiten des unbesorgten Pestizideinsatzes würden nie wiederkommen. Deswegen lautete die Strategie "If you can't beat them, join them." Integrierter Pflanzenbau bedeutete einen geringeren Einsatz von Pestiziden. Gemessen an der Alternative, eventuell durch öffentlichen Druck und gesetzliche Maßnahmen ganz zum Verzicht auf die Produktion von Pflanzenschutzmitteln gezwungen zu werden, war er für die Industrie aber das kleinere Übel. Zumal bislang nicht geregelt war, was der Begriff "integrierter Pflanzenbau" für einzelne Pflanzen zu bedeuten hatte. Ab wann durften Pestizide in welcher Menge eingesetzt werden? Hier mußten noch Lücken aufgefüllt werden, und dabei waren Spielräume zu verteidigen. Die Unternehmen der Chemieindustrie entschieden sich unter diesen Umständen fürs Mitmachen, frei nach dem Motto, daß die Richtung einer Bewegung bestimmen kann, wer sich an ihre Spitze setzt. Der Verband positionierte sich sehr geschickt. Er gestand die Notwendigkeit von Veränderungen ein, besonders dort, wo die Argumentation für Pestizide sich auf eher dünnem Eis bewegte, um in anderen Problemfeldern seine Position dafür um so energischer zu

behaupten. Denn ein Hauptziel der FIP lautete, ökonomische und ökologische Interessen in der Landwirtschaft möglichst auf einen Nenner zu bringen. Dieser Aufgabe widmet sich Geschäftsführer Helmut Nieder mit allem Engagement. Seit Gründung des FIP ist er für den Verein tätig, zunächst als Vorsitzender, dann als Geschäftsführer. Niederregiert ein kleines Büro mit 4 ½ Mitarbeitern und einem Jahresetat von 1,5 Millionen Mark, der vollständig durch die in der Höhe freiwilligen Beiträge der Mitgliedsfirmen erbracht wird. Auf Nachfrage leugnet Nieder durchaus nicht, daß sein Verband von kommerziellen Interessen getragen wird. Jedoch erweckt er den Eindruck, einer ökologisch geläuterten Branche zu dienen. Für viele sei erstaunlich, daß ein Verband, in dem die chemische Industrie Sitz und Stimme hat, die Parole ausgibt "weniger ist mehr", meint er. Erstaunlich für ihn, so fährt er fort, sei vielmehr, daß die Behörden ein "absolut ungiftiges" Mittel wie ATRAZIN verboten hätten. "Aber", so Nieder, "dann machen wir es halt". Dank des integrierten Pflanzenschutzes seien die Bauern nunmehr in der Lage, auch diese ungeliebten Grenzwerte einzuhalten.



Doch ohne Pflanzenschutzmittel geht es natürlich nicht. Auf keinen Fall. Denn damit wäre der Industriestandort Deutschland in Gefahr. So argumentiert eine Studie, die der FIP seit 1994 mit großem Aufwand bewirbt. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß ein Verbot chemischer Pflanzenschutzmittel Ertragsverluste von 35 Prozent und somit den Verlust von 430.000 Arbeitsplätzen zur Folge hätte. Und das in einer Branche, die nach manchen Berechnungen gerade einmal

900.000 Arbeitsplätze zu bieten hat. Das Bruttoinlandsprodukt ginge um 1,2 Prozent zurück und damit wären 36 Milliarden Mark pro Jahr für die

Jetzt bestellen

Das Buch "Deckmantel Ökologie" ist für DM 14,90 zzgl. DM 8,— für Porto und Verpackung bei der CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, erhältlich. Weitere spannende Bücher und Broschüren können Sie über unsere Materialliste bestellen, die Sie unter 0211 / 333 911 anfordern können.

Volkswirtschaft verloren. Mit anderen Worten: Ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln ist gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft. Zitat: "Die Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft sind unabsehbar - und das alles ohne einen Zusatznutzen für die Umwelt." Auch weltpolitisch gesehen wirken sich Pflanzenschutzmittel natürlich segensreich aus. Diesen Beweis hat 1994 ein anderer Wissenschaftler, Dr. Helmut Scholuz, angetreten. Scholuz ist für diese Leistung durch den FIP umfassend, nämlich durch den vollständigen Abdruck seiner Studie, belohnt worden. Das Papier, das zur Weltbevölkerungskonferenz in Kairo erstellt wurde, führt den Hunger in der Welt vor allem darauf zurück, daß vielfach sowohl eine ausgebildete Landbevölkerung als auch "ertragssteigernde und -sichernde Betriebsmittel - Düngemittel und Pflanzenschutzmittel - fehlen". Die Folge: Wenn das schreckliche "Chemieverbot" sich weltweit durchsetzen würde, gäbe es noch mehr Hunger auf der Erde.

Renommiertere Fachleute wie Lester Brown vom Washingtoner Worldwatch Institute sagen allerdings etwas ganz anderes. Brown hat speziell in Asien beobachtet, daß auch der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln die Erträge auf den Feldern schon seit Jahren nicht mehr steigert. Er folgert: Die Hoffnung auf eine neue "Grüne Revolution" ist Illusion. Den Autor der Studie ficht das nicht an. Er postuliert: "Wer eine landwirtschaftliche Produktion ohne wissenschaftlich begründeten chemischen Pflanzenschutz aus dem sicheren Schutz der Wohlfahrtsstaaten, der sich umfangreich

che Nahrungsmittel-Importe leisten kann - wie zum Beispiel Deutschland - fordert, spricht das Todesurteil für Millionen Menschen auf der Erde durch Verhungern." Was natürlich auch für Deutschland fatal wäre. Denn wer hungert, flieht. "Wer sich dessen noch nicht bewußt ist, braucht sich nur das ebenso bunte wie vielgestaltige Bild der Bevölkerung in unseren Städten und Gemeinden anzusehen oder Einsicht zu nehmen in die Liste der Asylbewerber bei den Verwaltungen."

Diese Zitate sind natürlich böswillig aus dem Zusammenhang gerissen. Doch sie stehen in ein- und derselben Studie, nur durch wenige Seiten getrennt. Geschickt wird das das Reizwort "Asylbewerber" verknüpft mit dem Hunger in der Welt und dieser wiederum mit dem angeblich drohenden "Chemieverbot". **Wer die Studie hinter sich gebracht hat, dem fällt der Umkehrschluß ganz leicht, obwohl er explizit natürlich in dem Machwerk nicht zu finden ist. Er geht etwa so: Schuld an den Asylbewerbern sind die Umweltschützer, denn sie wollen Pflanzenschutzmittel verbieten.**

Wer nur einen der Berichte kennt, die davon erzählen, wie beispielsweise kolumbianische Frauen auf den dortigen Blumenplantagen an schleicher Pestizidvergiftung sterben (SWB berichtete mehrfach, ho), der wird zu einem anderen Kurzschluß verleitet: **Schuld an Flüchtlingen und Toten sind die Pestizidhersteller, denn sie vergiften das Land und die Menschen.**

Quelle: Clausia Peter, Hans-Joachim Kursawa, Deckmantel Ökologie, Tarnorganisationen der Industrie mißbrauchen das Umweltbewußtsein der Bürger, Knauer-Verlag München, ISBN 3-426-80060-8, Paperback, 250 S., DM 14,90. Wir danken für die freundlicherweise erteilte Nachdruckgenehmigung. Hervorhebung (Fettdruck) durch STICHWORT BAYER.

Infame Propaganda

(swb) Die Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau e. V., eine Tarnorganisation der Agrochemie, die - im Unterschied zur COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN - als gemeinnützig anerkannt ist, wird nicht müde, "einen Beitrag zum Verständnis für die vielfältigen positiven Leistungen" der Landwirtschaft zu leisten. Im Juni fand unter dem verharmlosenden und irreführenden Titel "Vom Feld für die Welt" eine Veranstaltung im Nikolauskloster (Gemeinde Jüchen) statt, für das sich u. a. auch das Bundesernährungsministerium hat einspannen lassen. "Viel Spaß und Spannung" (Streichelzoo, Hüpfburg, Kaffee und Kuchen im Festzelt ...) sowie eine "Demonstrationsfläche" über den "Anbau nachwachsender Rohstoffe" (Flachs, Hanf, Arzneipflanzen ...) sollen offensichtlich darüber hinwegtäuschen, daß durch Pestizide jedes Jahr Millionen Menschen sterben und der sog. Integrierte Landbau nicht dazu beitragen kann, dem Hunger in der Welt zu bekämpfen.

Vom Feld für die Welt

Rohstoffe von heute - reif für die Zukunft

DATUM: Samstag 22.06.96 11:00 bis 18:00 Uhr
Sonntag 23.06.96 10:00 bis 18:00 Uhr

ORT: Nikolauskloster
Gemeinde Jüchen,
Kreis Neuss

Landwirtschaft zum Anfassen

Nur nicht konkret werden!

Die Darstellung des Abfallentsorgungskonzepts von BAYER im neuen Müllhandbuch

Befaßt sich der geneigte Leser mit der Abhandlung der BAYER-Mitarbeiter Dr. Günter Mischer (nomen est omen?) und Dr. Wolfgang Moldenhauer im neuen Müllhandbuch, in der das Abfallentsorgungskonzept der BAYER AG dargelegt werden soll, so erwartet er nicht nur die Aufzählung von Grundsätzen, allgemeinen Leitlinien zum betrieblichen Umweltschutz sowie die Erläuterung allgemein bekannter und erprobter Verfahrenstechniken zur „stofflichen Verwertung“ von Industrieabfällen. Nein, er erhofft sich neben Einblicken in die Konzeption und Umsetzung des nachsorgenden Umweltschutzes in den deutschen BAYER-Werksstandorten vor allem Ansätze des viel diskutierten produktionsintegrierten Umweltschutzes - wo BAYER doch bei Vielen als Vorreiter in dieser Sache gelten will. Das Stichwort „Energie- und Stoffstrom-Management“ sucht er in diesem Elaborat verge-

bens. Ausführungen zum produktionsintegrierten Umweltschutz werden schon auf Seite 2 lauthals angekündigt - und finden nach drei ganzen Sätzen der sehr allgemeinen Art ihr abruptes Ende. Was folgt, ist die enttäuschend allgemeine wenn auch übersichtliche Darstellung des summarischen Abfallaufkommens, der verbrannten und abgelagerten Abfallmengen, der Verbrennungskapazitäten sowie die mehrseitige technische Einführung in die Drehrohrenverbrennung - differenziert in die Fraktionen allgemeiner Industrieabfall, Klärschlamm und Abwasser - in einer Form, wie sie in jedem beliebigen Kompendium über Entsorgungstechnologien nachgelesen werden könnte.

Betriebsbezogene Daten werden vollständig verschwiegen, Beispiele für betriebsbezogene Umsetzungen technologischer Konzepte

bleiben unerwähnt. Die Einlassungen der beiden Herren sind somit nicht nachvollziehbar. Die genannten summarischen Mengenangaben lassen keinerlei Aussagen zu, weil der stoffliche Bezug völlig fehlt. Vielleicht war dies ja Sinn der Übung: Ein Fachbeitrag, der auf der Annahme basiert: Entweder Du glaubst mir, Leser - oder aber Du kommst mit bösen (kritischen) Absichten.

Offensichtlich bieten BAYER-Fachveröffentlichungen wie die angesprochene in der sachlichen Substanz nicht mehr als die so gerühmten BAYER-Umweltschutzberichte: Eine bunte Mixtur aus image-trächtigen Vorzeigeprojekten, technischen Allgemeinheiten und Postulaten aus Forschung und Entwicklung - verbunden mit der gebetsmühlenartigen Wiederholung der konzerneigenen Umweltschutzleitlinien (wenn gewünscht im Textbausteinformat). Uwe Friedrich

Beschleunigungsgesetze stoppen!

COORDINATION attackiert Bundesregierung

(pm/aks) „Beschleunigungsgesetze stoppen!“ - so lautet die Forderung einer gleichnamigen Kampagne, die die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) initiiert und mit großen Umweltverbänden wie BUND, Naturschutzbund, BBU, DNR, Robin Wood u. a. durchgeführt hat, um die sogenannten "Beschleunigungsgesetze" zu verhindern. Wie berichtet, hatte die Bundesregierung ein ganzes Bündel von Gesetzen vorgelegt, die vorgeblich einer schnelleren Genehmigung von Industrieanlagen dienen sollen, hauptsächlich aber Investoren vor lästiger Kritik schützen. Diese "Beschleunigungsgesetze" ermöglichen nicht nur die Errichtung umweltbelastender Vorhaben ohne Genehmigungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen, nebenbei fallen auch BürgerInnenbeteiligung und gerichtliche Widerspruchsmög-

lichkeiten weg.

Da die Öffentlichkeit von diesen einschneidenden Vorhaben und vor allem von der skandalösen Verfahrensweise zur rigiden Durchsetzung der Gesetze kaum Kenntnis genommen hat, wurde Geld für Anzeigen gesammelt, um einen gemeinsamen Aufruf rechtzeitig in *tageszeitung* und der *Frankfurter Rundschau* zu veröffentlichen. Zudem wurde eine Pressekonferenz in Bonn organisiert, an der VertreterInnen fast aller beteiligten Verbände teilnahmen. Artikel in mehreren Zeitungen und ein Fernsehbericht folgten. Viel Zeit blieb der Kampagne bei ihren Aktionen nicht, denn die Regierung setzte alles daran, diese Gesetzes innerhalb nur weniger Wochen durch Parlament und Bundesrat zu peitschen.

Auch die Streuung von Protestpostkarten hat die CBG übernommen. Da die Zeit ausgesprochen knapp war, konnte diese Aktion nur beschränkt wirksam werden. Trotzdem konnten bereits über 1.000 Unterschriften nur eineinhalb Wochen nach Start der Postkartenaktion im Rahmen der Pressekonferenz dem stellvertretenden Vorsitzenden des Umweltausschusses, Prof. Jürgen Rochlitz (Bündnis 90/Die Grünen), übergeben werden. Die Präsidentin des Bundestages, Prof. Rita Süßmuth, hatte zuvor die Annahme verweigert. Prof. Rochlitz verlas in der entscheidenden Bundestagsdebatte am 19. Juni 1996 die Forderungen der Kampagne (er konnte dies nur unter großem Protest des Regierungslagers tun) und gab die Postkarten weiter an Umweltministerin Angela Merkel, die diese nur widerwillig in Empfang nahm. Weitere 1.000 Unterschriften wur-

den dem Bundesrat bei seiner Abstimmung zur Kenntnis gebracht.

Unmittelbar vor den Entscheidungen des Bundestages und des Bundesrates hatte sich die Kampagne in einem Aufruf persönlich an alle Abgeordneten gewandt und sie gebeten, sich für den grundgesetzlichen Schutz der BürgerInnen vor Risiken aus umweltbelastenden Projekten einzusetzen.

Trotz dieser Appelle und des geballten Protestes, dem sich auch Teile der evangelischen Kirche angeschlossen haben, wurden die Gesetze mit den Stimmen der Regierungskoalition in letzter Minute vor der Sommerpause durch den Bundestag und im Rahmen einer Sondersitzung innerhalb der Sommerpause durch den Bundesrat gepeitscht - zum Nachteil von Demokratie und Ökologie. Im Ergebnis sind die Gesetze durch, es gibt es nur kleine Änderungen, die noch im Vermittlungsausschuß beraten werden müssen.

Da die aktuellen Entwicklungen in Zeiten allgemeiner Deregulierung weder die ersten noch die letzten Einschnitte in ökologische und soziale Standards sind, werden die an der Kampagne teilnehmenden Gruppen den Kontakt halten, um in Zukunft noch effektiver zusammenzuarbeiten. Auf der Pressekonferenz bedankten sich die großen Verbände ausdrücklich bei der Kampagne, gaben ihrem erklärten Willen Ausdruck, sich der Umsetzung der Beschleunigungsgesetze zu widersetzen und prophezeiten der Regierung wieder turbulentere Tage „auf den Straßen“.

Proteste sorgten für Turbulenzen im Bundestag

Auf der 116. Sitzung des Bundestages am 27. Juni 1996 sorgten die Proteste der Kampagne „Beschleunigungsgesetze stoppen!“ für Turbulenzen im Bundestag. Die PDS-Abgeordnete Eva Bulling-Schröter zitierte aus der Pressekonferenz der Kampagne und der grüne Abgeordnete Dr. Jürgen Rochlitz wollte die Forderungen der Kampagne vortragen und die Protestpostkarten an Umweltministerin Merkel übergeben: Hier das Protokoll:

Dr. Jürgen Rochlitz (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Damen und Herren! Gerade weil heute Bürgerrechte verstümmelt werden sollen, möchte ich an dieser Stelle die Gelegenheit wahrnehmen und der Umweltministerin mehr als eintausend Protestschreiben von umweltengagierten Bürgern übergeben.

(Unruhe bei der CDU/CSU - Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist natürlich nicht der Sinn einer Kurzintervention!)

Die Protestschreiben lauten: Wir protestieren mit allem Nachdruck gegen die geplante Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ...

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Rochlitz, hören Sie mir bitte einen Augenblick zu! Die Kurzintervention - das muß ich Ihnen wirklich im Interesse des Hauses sagen - ist eine spontane Äußerung und keine vorbereitete Rede.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch ist mir nicht klar - denn das ergibt sich nicht aus Ihren Worten -, auf welchen Redebeitrag sich Ihre Kurzintervention bezieht. Sie kann nur auf einen Redebeitrag bezogen gehalten werden. Tun Sie das jetzt bitte, sonst muß ich Ihnen das Wort entziehen.

Dr. Jürgen Rochlitz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, wenn Sie richtig zugehört haben,

(Unruhe bei der CDU/CSU)

haben Sie feststellen können, daß ich mich auf den Redebeitrag der Frau Ministerin beziehe.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Rochlitz, diskutieren Sie nicht mit dem amtierenden Präsidenten über die Geschäftsordnung! Ich habe Sie auf dieselbe hingewiesen und sage Ihnen: Sie haben das Wort zu einer Kurzintervention und nicht zu einer vorbereiteten Rede.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eine Kurzintervention muß sich auf einen Redebeitrag beziehen. Also bitte nur dazu!

Dr. Jürgen Rochlitz (Bündnis 90/Die Grünen): Richtig. In Anbetracht der Ausführungen der Umweltministerin protestieren wir zusammen mit den engagierten Bürgern, die Protestschreiben an dieses Haus gerichtet haben, mit allem Nachdruck gegen die geplante Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

(anhaltende Unruhe bei der CDU/CSU)

und fordern vom Bundestag: Keine Beschleunigung der Einspruchsrechte von Bürgern und Verbänden, keine Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, keine vorläufigen Genehmigungen ohne Umweltverträglichkeitsprüfung -

(Widerspruch bei der CDU/CSU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Es tut mir leid. Herr Kollege Rochlitz, ich bitte Sie! Hören Sie jetzt freiwillig auf! Ich muß Ihnen ansonsten das Wort entziehen. Es hat keinen Sinn. Es liegt im Interesse des gesamten Parlaments, daß ich das nicht akzeptieren kann. Hören Sie jetzt also bitte auf! Bitte nehmen Sie Platz!

(Beifall bei der CDU/CSU und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Jürgen Rochlitz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich komme zum Schluß. Wir stehen auf der Seite der -

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Hören Sie, Herr Kollege Dr. Rochlitz!

(Abg. Dr. Jürgen Rochlitz [Bündnis 90/Die Grünen] schickt sich an, Schriftstücke an Bundesministerin Dr. Angela Merkel zu übergeben - Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

- Bitte erledigen Sie die Übergabe von Papieren außerhalb des Parlamentes, weil ich auch Demonstrationen im Haus nicht akzeptieren kann. Wir werden das über im Ältestenrat reden.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: In den Papierkorb damit)



20 Jahre Seveso

COORDINATION fordert sichere Produktion

(BUND/SWB) Vor 20 Jahren entwich eine weiße Giftwolke aus einem überhitztem Reaktor der chemischen Fabrik ICMESA in Meda bei Mailand. Die Wolke legte sich vor allem auf die Kleinstadt Seveso und löste die bisher größte chemische Katastrophe in Europa aus. Heute, 20 Jahre später, haben BAYER und die gesamte (chemische) Industrie noch immer keine Lehren aus der Katastrophe gezogen. Noch immer gelangen Gifte (teilweise als Abwasserbescheid behördlich legalisiert) tonnenweise ins Wasser, noch immer tickt in chemischen Anlagen eine Zeitbombe. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die Stilllegung gefährlicher Anlagen, den Ausstieg aus der Chlorchemie und eine umweltfreundliche Produktion bei Erhalt aller Arbeitsplätze.

Seveso am Samstag, den 10. Juli 1976. Anfangs wurde wie üblich versucht, zu verharmlosen; erst als Haustiere qualvoll verendeten und Kinder mit rot verquollenen Gesichtern vom Spielen heimkehrten, ließ sich die Katastrophe nicht länger vertuschen. Zehn Tage nach dem Unfall kam heraus: Die Wolke hatte mehrere Kilogramm 2,3,7,8-Tetrachlordibenzo-p-dioxin enthalten. Außerdem bestand sie aus Natriumhydroxid, dem Natriumsalz von Trichlorphenol und Ethylglycol. Diese Chemikalien wurden benötigt, um Trichlorphenol, ein Vorprodukt für Hexachlorophen (Bakterizid, Desinfektionsmittel), herzustellen. Die Menge an 2,3,7,8-Tetrachlordibenzo-p-dioxin, die tatsächlich freigesetzt wurde, läßt sich nicht mehr rekonstruieren; die Schätzungen schwanken zwischen einigen hundert Gramm und Dutzenden von Kilogramm.

Evakuierung

Erst 16 Tage nach dem Unfall wurden die ersten 37 Häuser evakuiert. Die Bewohner durften nur wenige persönliche Dinge mitnehmen, um das Gift nicht zu verschleppen. Über 3.000 Tiere waren schon verendet, 77.000 weitere Tiere wurden getötet. Die vergiftete Region wurde dann in Zonen eingeteilt: Zone A, die am stärksten betroffene, knapp 800 Bewohner, Zone B, 5.000 Bewohner, Zone R, die wenig kontaminierte Randzone, 30.000 Bewohner.

Alle Bewohner der Zone A wurden evakuiert. Für die Zone B lehnte die Gesundheitsbehörde die Eva-

kuierung ab, obwohl Vertreter von HOFFMANN LA ROCHE, der Mutterfirma von ICMESA, dies forderten.

Hautverätzungen. Von September bis Dezember traten die ersten Fälle von Chlorakne auf, insgesamt



Die Zone A, in der auch das Fabrikgebäude lag, wurde dem Erdboden gleichgemacht. Der verseuchte Boden wurde auf einen nach oben und unten abgedichteten Hügel inmitten des Geländes aufgeschüttet. Das gesamte 43 Hektar große Areal wurde eingezäunt, bepflanzt und mit dem Namen "Park der Eichen" versehen. Heute wird das Gebiet Stück für Stück für die Bevölkerung wieder freigegeben.

Akute Folgen

Direkt nach dem Unfall im Juli 1976 erlitten etwa 450 Menschen

waren 193 Personen von den juckenden, schlecht heilenden Pusteln betroffen. Alle Fälle sind heute verheilt, nur teilweise sind Narben zurückgeblieben. Im betroffenen Gebiet kam es außerdem zu einer erhöhten Anzahl von Fehlgeburten.

Chronische Folgen

Die Giftigkeit des Dioxins war 1976 schon bekannt, deshalb wurden alle Bewohner der Zone A und rund 80 Prozent der Zone B medizinisch gefestet. Die Untersuchungen über die Langzeitfolgen sind auch heute, 20 Jahre später, noch lange nicht abgeschlossen, Krebserkran-

kungen treten erst nach 15 bis 25 Jahren auf. Einige Krebsarten, wie Weichteiltumoren und Lymphdrüsen-Krebs, treten bisher etwas häufiger als im Durchschnitt auf. Heute vermuten die Wissenschaftler außerdem, daß Dioxin auf das Reproduktionssystem wirkt und daß es bei Menschen, die als Föten im Mutterleib der Belastung ausgesetzt waren, stärkere Schäden hervorruft, als bei denjenigen, die erst als Erwachsene mit dem Gift Kontakt haben.

Konsequenzen

Der Unfall in Seveso hat deutlich gezeigt, daß in der Chemischen Industrie erhebliche Sicherheitslücken klaffen. Die ArbeiterInnen im Werk wußten fast nichts über die Gefahren der Anlage. Zum Zeitpunkt des Unfalls war weder ein für die Sicherheit Zuständiger noch ein Mitglied der Werksleitung anwesend. Die Bevölkerung wurde viel zu spät informiert. Einen Katastrophenplan gab es nicht.

Seveso löste europaweit heftige Diskussionen über die Sicherheit der chemischen Anlagen aus. 1982

wurde dann im Europaparlament die Richtlinie über die Gefahren schwerer Unfälle, die sogenannte Seveso-Richtlinie, verabschiedet. Sie wurde 1987 umfassend novelliert. Industrieanlagen mit „gefährlichen Stoffen“ unterliegen danach einer Genehmigungspflicht. Die Betriebe müssen Sicherheitsbeauftragte benennen, Gefahrenabwehr- und Katastrophenpläne erstellen. Und, besonders wichtig: Sie müssen die Öffentlichkeit informieren.

In Deutschland wurde die EG-Richtlinie vor allem mit der Störfallverordnung umgesetzt. Seit 1991 müssen auch in Deutschland die eventuell von einem Störfall Betroffenen **unaufgefordert** vom Anlagenbetreiber über mögliche Risiken und das richtige Verhalten im Störfall informiert werden. Doch das steht mehr oder weniger auf dem Papier: Drei Jahre später hatten nach einer Umfrage des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) mindestens 1/3 der Chemiebetriebe noch nicht einmal die üblichen nichtssagenden Broschüren **verfaßt** und verteilt. Eine **regelmäßige Aktualisierung und Neuinformation**

ist nicht vorgesehen, d. h. seit mehreren Jahren haben die Anwohner keine weiteren Informationen erhalten. Und: Bei Erstellung der Liste der „gefährlichen Stoffe“ wurde um jede Chemikalie gestritten, die als „gefährlich“ eingestuft werden sollte. Reihenweise konnten tatsächlich gefährliche Stoffe vor der Aufnahme in die Liste bewahrt werden. So versuchte beispielsweise BAYER zu verhindern, daß das Nervengift GUSATHION auf die Liste gesetzt wurde. Erst dadurch, daß zeitgleich mit der entsprechenden Konferenz im November 1978 beim Bonner Gesetzgeber im BAYER-Werk Dormagen eine GUSATHION-Katastrophe eintrat, wurde es möglich, GUSATHION als „gefährlich“ einzustufen.

Nicht von der Störfallverordnung erfaßt werden die Transporte von gefährlichen Gütern. Daß dies eine erhebliche Gesetzeslücke darstellt, wurde sowohl bei dem BAYER-Chlorgas-Unfall am Leverkusener Autobahnkreuz vor wenigen Wochen (vgl. Schlaglicht in diesem Heft) deutlich, als die ganze Region nur knapp einer Katastrophe entgangen ist.

Der CBG-Fonds verbindet Geldanlage mit der direkten Förderung umwelt- und sozialpolitischer Arbeit. Und bietet darüber hinaus die Sicherheit einer üblichen Sparanlage.

Umwelt-Rendite

Sie legen die Höhe Ihrer Einlage selbst fest und bestimmen auch die Frist der Festlegung. Nach Ablauf der Frist erhalten Sie den Betrag in voller Höhe zurück.

In der Zeit der Anlage wird

Ihr Geld bei der Ökobank/Frankfurt in ökologische und soziale Projekte eingebracht und wird so dem Geldkreislauf üblicher Sparanlagen bei Deutscher Bank & Co. mit ihrer Finanzierung der Atom-, Rüstungs- etc. Industrie entzogen. Dabei unterliegt das Geld voll und ganz der banküblichen Sicherung.

Wer steckt dahinter?

Die Rendite aus den Projekten geht unmittelbar an die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG). Dieses bekannte internationale Selbsthilfe-Netzwerk setzt sich seit 1978 mit dem global aktiven BAYER-Konzern auseinander. Die CBG tritt ein für Umweltschutz, Menschenrechte und soziale Sicherheit bei BAYER weltweit.

Da die großen transnationalen Unternehmen maßgeblich die Politik und die Politiker(innen) bestimmen und steuern, sind sie die eigentlich Verantwortlichen für Umweltzerstörung, Verletzung der Menschenrechte und Ruin der sozialen Sicherheit. Die (finanzielle) Unterstützung der CBG durch den CBG-Fonds ist damit eine unmittelbare und wirksame Förderung von Umweltschutz und sozialen Rechten.

Mit selbst festgelegten und im Rahmen der Vereinbarung jederzeit zurückholbaren Einlagen ist der CBG-Fonds nicht nur eine sinnvolle Ergänzung zu nach wie vor notwendigen Spenden und Zuwendungen, sondern darüber

auch eine Alternative zum Sparbuch.

Interessiert?

Weitere EinlegerInnen erhöhen die Effektivität des Fonds. Stärken auch Sie den CBG-Fonds mit Ihrer Einlage.

Coupon bitte abtrennen und einsenden an:
CBG-Fonds, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

Ja, bitte schicken Sie mir weitere Informationen.

AbsenderIn:

Straße:

Ort:



Rede von Dr. Karl Fabig auf der BAYER-Hauptversammlung 1983

Krieg durch "zivile" Herbizide

Der Mediziner Dr. Karl Fabig, international anerkannter Dioxin-Forscher, hat 1983 auf der BAYER-Aktionärs-hauptversammlung den Vertrieb dioxinhaltiger Pestizide angeprangert. Der BAYER-Konzern hat die Produktion dieser Ultrafoxine bis zuletzt gerechtfertigt und erst auf gesetzliches Verbot hin eingestellt. Als Mitgefignerin des US-Firma MOBAY (50% MONSANTO, 50% BAYER), die der US-Armee die Dioxin-Waffe „Agent Orange“ lieferte, ist BAYER mitschuldig an den Verbrechen, die im Vietnamkrieg an der Bevölkerung begangen worden sind. Und noch heute vergiften Müllverbrennungsanlagen des Leverkusener Muldis auf dem ganzen Globus die Umwelt mit Dioxin. Nachfolgend dokumentieren wir auszugsweise die Rede von Karl Fabig aus dem Jahr 1983.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte als niedergelassener Arzt sehr sachliche Worte und Fragen an Sie richten. Ich war einer der beiden bundesdeutschen Teilnehmer eines internationalen Symposiums über "Herbizide und Entlaubungsmittel" im Krieg. Es ging um Langzeitwirkungen auf Mensch und Natur. Zu dieser Wissenschaftlerkonferenz trafen sich 160 Experten aus 20 Ländern im Januar 1983. Leider war ein Vertreter der BAYER-Wissenschaftler oder des Industrieverbandes Pflanzenschutz nicht anwesend. Einschneidende Änderungen in der Produktionspalette wären sonst die logische Konsequenz. Ich darf das näher begründen: In der Bundesrepublik Deutschland gibt es noch einen Hersteller des Unkrautvernichtungsmittels 2,4,5-T und 61 Handelspräparate, die diesen Stoff enthalten. Die BAYER-Präparate HEDONAL (3x) und TRIBUTON (2x) enthalten diesen hochgiftigen Stoff, von dem der berühmte US-Ökologe Prof. A. Westing folgendes sagt: "Jedes kg 2,4,5-T auf dem heutigen Markt enthält zwischen 60 und 100 mg Dioxin, wenn man das beste Verfahren bei der Produktion anwendet" (Science, Dez. 1979). Das beste Verfahren, wenn eine solche bedeutende Menge des Ultragiftes von Seveso anfällt, wäre danach die Produktion und der Vertrieb von 2,4,5-T-Produkten sofort einzustellen. 1982 wurden ca. 225 to. 2,4,5-T im Inland verkauft.

Im vorigen Jahr wurde Widerspruch - auch von BAYER - gegen das vorläufige Verbot von 2,4,5-T durch die biologische Bundesanstalt in Braunschweig eingelegt. Wo sind die Beweise der biologischen Unbedenklichkeit von 2,4,5-T? Der Industrieverband Pflanzenschutz

beschreibt die Vergiftungssymptome folgendermaßen: „Tierexperimentelle Befunde: Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, Appetitlosigkeit, Muskelschwäche, später Paraesthesien. Humankasuistik: wie oben; zusätzlich: Suizidversuche, Herz-/Kreislaufversagen.“ Das ist eine maßlose Verharmlosung der Wirkung von 2,4,5-T, das nicht nur Dioxin enthält, sondern selbst in dringendem Verdacht steht, Zellveränderungen im Sinne von Krebs und Erbveränderungen und somit Mißbildungen der Kinder hervorzurufen. Ist denn BAYER nicht schon lange die Arbeit von Hardell und Sandström (Br. J. Cancer; 1979.39, 711) bekannt, die bei

Ein zweites Herbizid, 2,4-D, wird von BAYER in vier Handelspräparaten verkauft. (3x als HEDONAL und 1x als TRIBUTON). Desweiteren wird das Unkraut-spritzmittel PICLORAN von BAYER vertrieben. Über die Stoffe 2,4,5-T, über 2,4-D und über PICLORAN liegen jetzt große Studien vor. Die Anwendung der Herbizide 2,4,5-T (Gesamtmenge 24 Mio. kg), 2,4-D (Gesamtmenge 26 Mio. kg) und PICLORAN (Gesamtmenge 1 Mio. kg) durch die USA im Vietnamkrieg hat eine einschneidende ökologische und medizinische Veränderung des Landes bewirkt, deren Folgen sichtbar, aber noch nicht absehbar sind.



Phenoxy-Herbiziden ausgesetzten Arbeitern in Nordschweden eine sechsfach höhere Tumorraten gefunden haben, als bei jenen, die keinen Kontakt mit solchen Krankmachern hatten?

Giftgasunglück in Seveso: Blutentnahme bei einem kleinen Jungen.

Die US-Air-Force verwandte dabei in ihrer "Operation Rand Hand" genannte Besprühung mit mehr als 90.000 Tonnen Herbiziden vorwiegend drei Mischungen, die nach dem Farbstreifen auf den Gifttonnen als "Agent-Orange", "Agent white" oder "Agent blue" in die Kriegsgeschichte einging. (Letzteres - "Agent blue" - ist hier nicht Gegenstand des heutigen Interesses. Es diente der Vernichtung der Reiskulturen, es ist eine arsenhaltige, sehr bodenständige Substanz, die in einer Menge von 3 Mio. kg 43 % des Agrar-Landes in Süd-Vietnam vergiftet hat).

In "Agent-Orange", das mit TCDD oder Dioxin erheblich verunreinigt war, sind also auch die von BAYER vertriebenen Produkte 2,4-D und 2,4,5-T zu gleichen Teilen enthalten. Eine 3:3 Mischung dieser Stoffe verkauft BAYER als TRIBUTON. Das Seveso-Gift ist immer dabei. Dieses 2,3,7,8-TCDD und einige andere der giftigsten bisher von Menschen hergestellten Chemikalien kann man also in fast jeder Pflanzenhandlung der BRD bekommen. Kluge Wissenschaftler kommen jetzt mit der sonst richtigen Behauptung: "Das ist doch alles eine Frage der Dosis!". Ich frage zurück: "TCDD ist bereits bei einer unvorstellbar winzigen Menge von 10^{-12} Gramm, die mit den feinsten Methoden bisher nachgewiesen werden kann, toxisch. Es ist wirklich das Ultragift schlechthin und gehört aus der Produktion verbannt. Das ist aber nur möglich, wenn man seine "Mutter-substanzen" (wie 2,4,5-T) aus der Produktionspalette nimmt.

Wer jemals - wie ich bisher fünfmal - durch Herbizide an Leberkrebs Erkrankte gesehen hat, wer in den Hospitälern die völlig neuartigen Mißbildungen von Kindern gesehen hat, deren Eltern oder Elternteile mit Herbiziden besprüht worden waren, oder nach dem Vietnamkrieg in voller Gesundheit in verseuchte Gebiete gezogen sind, der kann nicht schweigen angesichts dieses medizinischen und genetischen Krieges, dem wir durch die "zivilen" Herbizide in "Miniform" er-leiden dürften. Ich sah die togeborenen "Fleischklumpen", die Kinder ohne Gehirn und ohne Augen und ohne Ohren. Die Teil-menschen und die grauenhaft-bizarrr miteinander verwachsenen Wesen. Die wissenschaftlichen Beweise aus Vietnam gegen das Herbizid 2,4,5-T und andere sind erdrückend.

Will man 2,4,5-T erst dann verbieten, wenn in der BRD massenhaft Mißbildungen aufgetreten sind? Wo sind eigentlich die Untersuchungen der Arbeiter, die in der Produktion und im Verkauf von 2,4,5-T beschäftigt sind? Und - auch das ist unbedingt notwendig - es muß gefragt werden: Wo sind die Dioxin-Abfälle geblieben, die bis 1976 angefallen sind, als BAYER in den Werken Uerdingen und Dormagen noch 2,4,5-T herstellte, bis die Krankheiten der Schlosser und Chemiarbeiter von Uerdingen (6 Fälle von Chlorakne) und die Angst, daß sich Seveso bei BAYER ereignen könnte, die Einstellung der 2,4,5-T-Produktion ratsam erscheinen ließ?

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Gemeinsamkeit mit der Firma MONSANTO in den USA. BAYER gründete bekanntlich 1954 mit MONSANTO die MOBAY Chemical Company. BAYER stellte nicht nur in der BRD die Unkrautvernichtungsmittel her, die in Form des "Agent-Orange" im Vietnamkrieg mit den Folgen des Ökozids eingesetzt wurden, sondern es produzierte solche Stoffe auch in den USA. Der enge Geschäftspartner MONSANTO ist mit vier weiteren Chemiekonzernen, an der Spitze DOW-CHEMICAL, angeklagt in einem Prozeß, den 20.000 US-Vietnam-Veteranen, ihre Witwen und Kinder gegen diese Firmen angestrengt haben ...

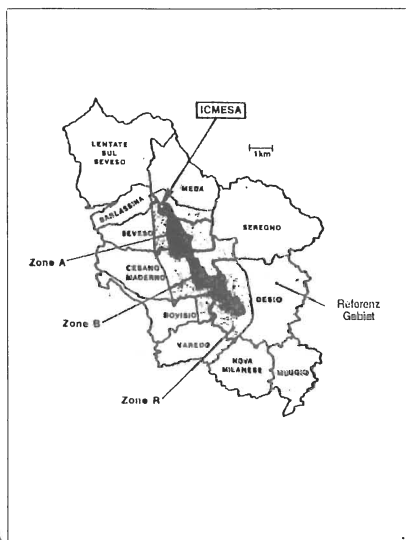
EU für mehr Umweltschutz?

Brüssel legt Seveso II vor

(ho) "20 Jahre nach Seveso hatsich die Sicherheit chemischer Anlagen trotz zahlreicher Störfälle ... nicht verbessert", klagt Prof. Jürgen Röchlitz, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen. Auch bei BAYER hat es eine Fülle von zum Teil schwerwiegenden Katastrophen gegeben (dokumentiert in SWB-Sonderheft "Bhopal mahnt, für DM 13,- unter 0211 / 333 911 zu bestellen). Bei einem LKW-Unfall mit BAYER-Chlorgas auf der A 3 bei Leverkusen am 20. Mai 1996 (vgl. Schlaglichter in diesem Heft) etwa ist die gesamte Region nur knapp einer Katastrophe entgangen. Wieder einmal. Trotz erlassener Störfallverordnung durch die Bundesregierung, trotz einer Seveso-Richtlinie durch die Europäische Gemeinschaft (1982): In chemischen Anlagen tickt noch immer eine gefährliche Zeitbombe.

Nun hat Brüssel eine neue Richtlinie - Seveso II genannt - vorgelegt, die nicht mehr (wie bisher) einzelne Störfallanlagen, sondern ganze Betriebe ins Visier nimmt. So müssen Risikoanalysen vorgelegt werden, die zum Beispiel nicht nur den Rührkessel, sondern auch das benachbarte Chemikalienlager mit berücksichtigen. Ob durch Seveso II die Sicherheit in der chemischen Industrie erhöht wird, darf jedoch mit Fug und Recht bezweifelt werden, denn viele Ausnahmeregelungen machen das Werk, das von den nationalen Regierungen erst noch in entsprechende Gesetze umgeschrieben werden muß, zu einem zahnlosen Tiger. So soll etwa die Bildung gefährlicher Stoffe bei Bränden und Explosionen erst dann unter die neue Richtlinie fallen, "wenn sie bei außer Kontrolle geratenen industriellen chemischen Verfahren anfallen". Diese Regelung entspricht dem ausdrücklichen Wunsch von Bundesumweltministerin Merkel und sicherlich auch der BAYER-Führungsrige. Entsprechend der Vorgaben von Angela Merkel und den meisten anderen nationalen Umweltministern fällt somit der Transport gefährlicher Güter nicht unter die neue Richtlinie.

Positiv für deutsches Recht ist allenfalls die Vorschrift, daß eine wie auch immer geartete Öffentlichkeit bei der Erstellung betrieblicher Notfallpläne anwesend sein muß. Doch selbst der seit Jahren vorgeschriebene Informationspflicht (§ 11 Störfallverordnung) gegenüber der Bevölkerung wird bis heute von vielen Betreibern gefährlicher Anlagen - darunter auch BAYER - nicht oder nur ansatzweise genüge getan.



Seveso mahnt:

Stoppt die Gefahren der Chemie-Produktion. Bei BAYER und anderswo!

(ho) Die chemische Industrie ist nach den Katastrophen von Seveso, Bhopal, Basel, Leverkusen, Dormagen und anderen ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geraten. Eine starke Bewegung formierte sich im Kampf für Sicherheit in der chemischen Produktion. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN trat auf den Hauptversammlungen auf, blockierte zusammen mit GREENPEACE die Dünn säurefrachter auf dem Rhein, organisierte praktische Solidarität mit der sog. Dritten Welt usw. Die Industrie reagierte mit groß angelegten Desinformationskampagnen: "BAYER sorgt für den Umweltschutz", "Chemie im Dialog" und neuerdings "Kompetenz und Verantwortung", so die Parolen.



Mittlerweile hat die Propaganda der chemischen Industrie im Zeichen der Ära Kohl und den damit

verbundenen Rückschritten leider wieder Oberwasser gewonnen. Die Umweltbewegung scheint teilweise paralytisch und alte Kämpfer haben sich in scheinheilige Protagonisten verwandelt. So etwa Dr. Fritz Vahrenholt, seinerzeit streitbarer Aktivist und Autor des wegweisenden Klassikers "Seveso ist überall", jetzt Umweltsenator von Hamburg. Heute behauptet der promovierte Chemiker ganz im Sinne von BAYER & Co bei jeder sich ergebenden Gelegenheit: Die Situation habe sich seit Seveso grundlegend zum Besseren gewandelt, "Seveso ist nicht mehr überall", wer dies nicht einsehe, sei ein "Ökochonder", Müllverbrennungsanlagen, als Dioxin-schleudern verrufen, seien heutzutage umweltverträglich. Vahrenholt wörtlich: "So wurden durch optimale Verbrennungsführung ... aus Dioxin-Verteilungsfabriken nunmehr Dioxin-Vernichtungsanlagen."

BAYER und die gesamte (chemische) Industrie haben es mit ihrem Gejammer um den Standort Deutschland vorläufig geschafft, daß Umweltstandards zurückgeschraubt werden (vgl. S. 9/10 in diesem Heft), damit die Profite (bei gleichzeitigem Arbeitsplatzabbau) in noch astronomischere Höhen klettern können.

Anläßlich des 20sten Jahrestages der Seveso-Katastrophe fordert die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG):

- * Übt Solidarität mit den Opfern Seveso! Gerechte Entschädigung für die Opfer und Hinterbliebenen!
- * Schluß mit der einzig den Profitten verpflichteten Sicherheitslüge der Chemiekonzerne.
- * Glasnost jetzt! Offenlegung aller Produktionen in allen BAYER-

Werken weltweit!

- * Sofortige Stilllegung aller gefährlichen Produktionsanlagen inmitten dichtbesiedelter Wohngebiete bei Erhalt aller Arbeitsplätze!
- * Sichere Produktion und sichere Produkte. Sicherer Transport, sichere Lagerung und „sicherer Müll“!
- * Sicherheit für Beschäftigte, VerbraucherInnen, AnwohnerInnen und die Umwelt.
- * Keinerlei doppelte Standards! Gleiche Sicherheit in allen Werken in aller Welt!

Wir fordern ausdrücklich dazu auf, bei allen Chemie-Werken initiativ zu werden. BAYER ist als weltweit einer der größten und mächtigsten Chemie-Konzerne nur ein Beispiel.

**COORDINATION
GEGEN BAYER-GEFAHREN**

Menschenrecht!

Weg mit den Doppelten Standards.
Sicherheit gegen Industriewillkür
... alles in der neuen Broschüre:
Menschenrechte und Industrie-
gefahren. 120 Seiten. Durchgehend
Deutsch/Englisch.

DM 15,-

An: CBG, PF 150418, 40081 Düsseldorf. Bitte V-scheck (zzgl. DM 8,- für Porto + Verpackung) beilegen.

CBG-Seminar: Monopoly Global Jetzt anmelden!

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN veranstaltet vom 23./24.11.96 in Düsseldorf ein Seminar zum Thema "Monopoly Global, Neue Strategien multinationaler Konzerne in der Dritten Welt am Beispiel des BAYER-Konzerns". Die Tagungsgebühr beträgt 50,— Mark (ermäßigt 30,— Mark); geboten werden ein ausführliches Programm, Tagungspapiere, Diskussionen und private Unterkunft. Kosten für Mittagessen (Pizzeria o. ä.) fallen extra an.

Zum Inhalt: In Zeiten fortschreitender Globalisierung fällt es gerade sog. Entwicklungsländern schwer, sich gegen multinationale Konzerne zu behaupten. "Erste" und "Dritte" Welt werden gegeneinander ausgespielt, so daß Umweltschutz und soziale Mindeststandards auf der Strecke bleiben. Nationale Regelungen greifen wegen der transnationalen Struktur der Unternehmen nicht mehr, neue internationale Standards werden blockiert. Die internationalen Kapitalströme werden immer größer und fließen immer schneller, so daß mitunter ganze Volkswirtschaften fortgespült werden - so geschehen 1995 in Mexiko.

In der "Dritten Welt" lagern nicht nur der überwiegende Teil der Rohstoffe, hier befinden sich auch die Märkte der Zukunft. Schon im Jahr 2020 wird China die größte Volkswirtschaft der Welt sein. Die Multis konzentrieren sich besonders auf Ost- und Südasiens sowie auf Lateinamerika, die Regionen des größten Wachstums. Die zumeist neoliberalen Regierungen verkaufen das Staatseigentum, so daß die Schlüsselindustrien Energieversorgung, Transportwesen und Telekommunikation sowie Rohstoffquellen in private Hände kommen.

Im Rahmen des Seminars sollen die allgemeinen Rahmenbedingungen, die Situation in einem beispielhaften "Entwicklungsland" und das Vorgehen des Chemie- und Pharmariesen BAYER analysiert werden.

Die TeilnehmerInnenzahl ist begrenzt. **Anmeldung bitte bis spätestens 10.11. unter 0211 / 333 911.**

BUKO gegen irrationale Medikamente

Die BUKO Pharma-Kampagne ruft zu einer Aktion gegen jene 13 deutsche Arzneimittelhersteller auf, die die meisten schädlichen oder unnötigen (irrationalen) Arzneimittel in der sog. „Dritte Welt“ vermarkten. Die 13 Konzerne vertreiben in der „Dritten Welt“ 743 irrationale Arzneimittel. Der Anteil irrationaler Arzneimittel am gesamten Dritte-Welt-Sortiment beträgt bei BAYER immerhin 32 %. (SWB berichtete immer wieder über lebensgefährliche Präparate für die "Dritte Welt".)

Wer bei der Aktion mitmachen will, schreibe an: BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld.

Vergesellschaftung der IG FARBEN i. A. gefordert

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) fordert unter Berufung auf Artikel 27 Absatz 1 der Landesverfassung in einem Brief an Landesbauminister Dr. Michael Vesper die Sozialisierung der IG FARBEN i. A.. Vesper, der "eine moralische Verpflichtung der Nachfolgegesellschaft der IG FARBEN" sieht, die Zwangsarbeiter und deren Hinterbliebene angemessen zu entschädigen", ließ durch den Chef der Staatskanzlei, Herrn Staatssekretär Rüdiger Frohn, wissen, daß die Landesverfassung keine Handhabe zur Vergesellschaftung biete, da die IG FARBEN i. A. kein Unternehmen sei, das wegen seiner "monopolartigen Stellung besondere Bedeutung hätte". Die VVN ist empört über diese Antwort: "Die wirtschaftliche Macht der IG FARBEN wurde zum Töten Hunderttausender mißbraucht, indem die IG FARBEN eigene Konzentrationslager betrieb, wo sie an der 'Vernichtung durch Arbeit' verdiente und ihre wirtschaftliche und damit politische Macht vergrößerte." Heute, so die VVN, liege Mißbrauch wirtschaftlicher, auf Massenmord beruhender Macht vor, wenn die IG FARBEN i. A. Tochterunternehmen etablierte, und mit ihnen in NRW wirtschaftlich tätig werde. Am 21. August 1996 forderten in Frankfurt am Main viele Organisationen - VVN, Auschwitz-Komitee, Gewerkschaften und nicht zuletzt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN - auf der Hauptversammlung der IG FARBEN i. A., die Blutfirma

über 50 Jahre nach Kriegsende endlich aufzulösen (SWB berichtete mehrfach, Sonderheft für DM 13,— incl. Versand unter 0211/333911). Die COORDINATION erinnerte mit einem großen Transparent ("Die Blutspur führt nach Leverkusen") an die entscheidende Rolle des BAYER-Konzerns bei der Installation des Nazi-Terrors.

Protestbriefe gegen die Weigerung des Landes Nordrhein-Westfalen, die IG FARBEN i. A. zu vergesellschaften und zu verbieten bitte an: VVN, Opladener Str. 14, 40591 Düsseldorf.

Gegenanträge zur IG FARBEN-HV

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat für die Hauptversammlung der IG FARBEN i. A. folgende Gegenanträge eingereicht:

1. Die Liquidatoren werden nicht entlastet. Begründung: Die Liquidatoren behindern die Auflösung des Unternehmens, das im Dritten Reich als Kriegstreiber und Kriegsprofiteur auftrat, um der seit 50 Jahren ausstehenden finanziellen Wiedergutmachung an IG FARBEN-Opfern zu entgehen. Die im Vorjahr angekündigten Zahlungen an überlebende ZwangsarbeiterInnen sind nicht erfolgt, somit ist der Beschluß der letztjährigen Hauptversammlung nicht umgesetzt worden.

2. Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet. Begründung: Der Aufsichtsrat ist seiner Kontrollfunktion in keiner Weise nachgekommen. Das ehemalige Aufsichtsratsmitglied Günter Krause ist nicht zu seiner Entlastung auf der letztjährigen Hauptversammlung erschienen, der Aufsichtsrat war ein halbes Jahr nicht vollständig, und das neue Aufsichtsratsmitglied wurde nicht durch eine Wahl legitimiert. Zudem setzte sich der Aufsichtsrat nicht für die sofortige Auflösung der Gesellschaft ein und deckt somit die verwerfliche Verzögerungstaktik der Liquidatoren.

3. Für den vakanten Platz im Aufsichtsrat schlagen wir Axel Köhler-Schnura, Dipl. Kaufmann, vor. Begründung: Axel Köhler-Schnura bekämpft seit über 10 Jahren die verbrecherische Arbeit der IG FARBEN und setzt sich für ihre sofortige Auflösung ein. Außerdem ist er Mitherausgeber des Buches "IG FARBEN - Von Anilin bis Zwangsarbeit" (für 24,80 bei der CBG unter 0211 / 333 911 zu bestellen), wodurch er die notwendigen Kenntnisse und die moralische Legitimation erworben hat, die Auflösung der IG FARBEN i. A. zu kontrollieren. Die Hauptversammlung stimmte mehrheitlich gegen die Anträge.

Zitat

"Die Gesellschaft heißt 'IG FARBEN in Liquidation' und gibt als Aktien sog. Liquidationsanteile heraus. Diese Bezeichnung ist durchaus treffend: Denn die IG FARBEN hatten einen entscheidenden Anteil an der Liquidation von Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Roma ..."

Peter Gingold, Widerstandskämpfer, Auschwitz-Komitee

IG FARBEN & HEUTE

Straßennamen: BAYER gegen Widerstandskämpfer

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Faschismus, der durch BAYER im IG FARBEN-Verbund aktiv gefördert wurde, entstand in Leverkusen der neue Stadtteil Alkenrath. Bei der Benennung der Straßen wollte man Namen aus dem Widerstand gegen Hitler auswählen - doch der BAYER-Konzern, deren höchste Führungsmitglieder zum Teil als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren und der durch Staatsaufträge und Zwangsarbeit von dem Unrechtssystem profitierte, war dagegen. Der Chemiemulti wollte "neutrale Namen oder Namen aus der Wissenschaft". Zwar setzten sich die Stadtparlamentarier schließlich doch noch durch, doch Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung wurden nicht geehrt. Keine Straße etwa kündigt von dem Wiesdorfer Stadtverordneten Fritz Schulte, der zudem auch noch Reichstagsabgeordneter war und vehement die Faschisten, wie jenen Dr. Ley, der bei BAYER untergekommen war, bekämpfte. Keine Straße wurde nach Hugo Paul benannt, der als Kommunist jahrelang inhaftiert war und Minister im ersten NRW-Kabinett war.

Gesundheit durch Zirkel

BAYER gehe intelligentere Wege, Personalkosten zu sparen beziehungsweise die Produktivität zu erhöhen, resumierte Gesamtbetriebsrat Rolf Nietzard auf der Konzern-Hauptversammlung im April 96 über das Vorhaben, in den einzelnen Abteilungen des Konzerns sogenannte Gesundheitszirkel einzurichten. Auf Initiative der Firmenleitung, des Betriebsrates und der Betriebskrankenkasse wird zuallererst eine anonymisierte Befragung zu Gesundheitsproblemen im Betrieb durchgeführt, die auch Bereiche wie „Mobbing“, „Büroerkrankungen“ berührt. Daraufhin sollen sich abteilungsweise Gesundheitszirkel bilden mit VertreterInnen der Beschäftigten, des Betriebsrates, der Arbeitssicherheit, der werksärztlichen Abteilung sowie der Betriebskrankenkasse. Die Teilnahme der Beschäftigten sei freiwillig, heißt es. Zielsetzung der Firmenleitung bei dieser Veranstaltung ist es, den ohnehin schon sehr niedrigen Krankenstand (5,3 %) weiter nach unten zu drücken.

IG CHEMIE I: Nachdrückliche Aufforderung

Große Worte - nichts dahinter. „Wir werden Bayer und die anderen Chemieunternehmen nachdrücklich auffordern, sich nicht nur um die Bilanzen zu kümmern“, sagte der IG CHEMIE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt mit kämpferischem Unterton. Wahrscheinlich wird diese seine Aufforderung nicht verhindern, daß BAYER in diesem Jahr in Deutschland insgesamt 2.000 Menschen rauswirft. Insgesamt hat BAYER in den letzten fünf Jahren in Deutschland 20.000 Menschen an die Luft gesetzt und trotzdem bzw. gerade deswegen 1995 den besten Abschluß in der Firmengeschichte erzielt. Die IG CHEMIE hat durch Tarifabschlüsse ihre BAYER-gefällige Einstellung immer wieder unter Beweis gestellt: untertarifliche Einstiegsgehälter, Reallohnverzicht im Gegenzug für neue Arbeitsplätze, deren Schaffung nicht garantiert wurde ...

IG CHEMIE II: Konsens, Konsens, Konsens!

Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG CHEMIE sieht aus wie der Schwiegersohn, den sich jede Mutter für ihre Tochter wünscht. Schließlich ist er auch eine gute Partie, sitzt er doch in den Aufsichtsräten von BAYER, MOBIL OIL, SCHWARZKOPF und BSL, früher BUNA. Befragt zur Arbeit von Gewerkschaften in Aufsichtsräten sagte Schmoldt unter anderem: „Als Vertreter der Beschäftigten sind wir natürlich vor allem an sicheren Arbeitsplätzen und damit auch am Unternehmenserfolg interessiert. Wir haben ggezeigt, daß wir betriebswirtschaftliche Argumente zu bewerten und entsprechend zu gewichten wissen.“ Gefragt, ob es in Aufsichtsräten wechselnde Mehrheiten gebe sagte Schmoldt: „In der Regel nicht. Im übrigen sind auch Kampfabstimmungen selten. Das Mitbestimmungsgesetz ist auf Konsens angelegt.“

Starcke Schleifmittel

Die Firma H.C.STARCK, die zu BAYER gehört, will ihre Schleifmittelaktivitäten mit der österreichischen TREIBACHER SCHLEIFMITTEL AG zusammenführen. STARCK hält 25% an der Gemeinschaftsfirmen mit 1000 MitarbeiterInnen.

Angst um Arbeitsplätze bei BAYER FASERN

Bei der BAYER-Tochter BAYER FASERN GmbH in Dormagen geht die Angst um. Nun bestätigt sich, was vor über einem Jahr, bei Ausgliederung der verlustträchtigen Sparte (Verlust 1995: 46 Mio. Mark), befürchtet wurde: Die Arbeitsplätze stehen auf der Kippe. Der BAYER-Vorstandsvorsitzende Dr. Manfred Schneider forderte, die FASER-Tochter müsse für 1996 eine ausgeglichene Bilanz vorlegen. Dieses Ziel wird ohne Kündigungen wohl nicht zu erreichen sind, fürchtet auch der Betriebsrat der über 1.000 Beschäftigten, die seit ihrer Ausgliederung schon auf 10 % ihrer Löhne verzichten. Die Verluste entstehen übrigens vornehmlich in den USA, wo die gerade anlaufende der DRALON-Produktion erhebliche Kosten verursacht. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert den Erhalt aller Arbeitsplätze und Ausgleich der Defizite durch die Konzerngewinne.

FASER-KollegInnen demonstrieren in Dormagen

(KföB) Samstag, 27. April. Fast die vollständige Schicht der FASER GmbH zog unter Protest zum Dormagener Rathaus. Aufgrund von Äußerungen des BAYER-Vorstandsvorsitzenden Schneider rechnet sie mit massivem Personalabbau. „Der BAYER-Konzern scheffelt Milliarden Gewinne, und wir bleiben auf der Strecke!“, empörten sich die MitarbeiterInnen. Der Vorgang ist einmalig. Noch nie hat es in der Geschichte des Dormagener BAYER-Werkes eine solche Kundgebung gegeben, spontan und völlig unorganisiert. Hintergrund war eine Äußerung von Schneider in der *WirtschaftsWoche*: „Unser Problem ist vor allem die Textilfaser DRALON. Für 1996 sehen wir jedoch Chancen, die Ertragswende zu packen. Wenn das nicht gelingt, müssen wir prüfen, ob wir die DRALON-Betriebe in Dormagen und Lingen überhaupt weiterführen können.“

Auf dem Rathausvorplatz bestätigte Personalleiter Manfred Bäcker, daß freiwillige Zulagen entfallen und künftig nur noch der reine Chemietarif gezahlt werden soll. Dabei verzichten die KollegInnen bereits auf 10 % ihrer Löhne.

Für Betriebsratschef Kaspar Dick, sind die Vorstellungen der Geschäftsleitung bisher „nicht akzeptabel“. Doch die Arbeitnehmervertreter sind sogar bereit, zu akzeptieren, daß Teile der jährlichen Tarifierhöhungen künftig auf die Tarife angerechnet werden, wenn sie dafür eine langfristige Beschäftigungsgarantie erhalten.

Die demonstrierenden Mitarbeiter wollen den Gürtel freilich nicht noch enger schnallen. Wenn sie auf die Übertarife verzichten müssen, haben sie 500 bis 600 Mark im Monat weniger. „Dann kann ich mein Haus gleich dem Makler übergeben“, klagte ein Familienvater.

In einem Schreiben der Belegschaft heißt es: „Wir schreien um Hilfe, weil wir Mitarbeiter keinerlei Schuld an dem jetzigen Zustand haben und die Vorgehensweise von BAYER nicht mehr verstehen können.“ Dies können die „KollegInnen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ auch nicht. „So darf man mit Menschen nicht umgehen“, heißt es. „Erst ausgliedern, die Löhne senken und dann doch den Betrieb abfahren.“

Die FASER-Belegschaft in Dormagen braucht unsere Solidarität. Der BAYER-Vorstand darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen sondern ist gefordert, die Arbeitsplätze zu erhalten.

BAYER-Chefs keine Vorbilder

(KföB) Nach Ereignissen der jüngsten Vergangenheit muß die Vorbildfunktion der Chefs der Arbeitssicherheit (ASI) bei BAYER und des Brandschutzes in Dormagen stark in Frage gestellt werden. Der Leiter von Arbeitssicherheit und Brandschutz bei BAYER setzte sich vom langen Rückflug aus Hongkong unbeteiligt der Reisetrapazen ans Steuer seines PKW's, brauste zu einer Familienfeier nach Norden und von dort weiter Richtung Leverkusen. Eine Abfahrt entsprach dann leider nicht seinem flotten Fahrstil. Er verlor die Gewalt über das Fahrzeug, das sich überschlug. Folge: Der PKW (ein Firmenwagen) hatte Totalschaden, der leitende ASI-Mann eine Kopfverletzung. Den Verlust des PKW's scheint ihm an der BAYER-Spitze niemand groß zu verübeln.

Der Leiter des Brandschutzes in Dormagen, hatte ebenfalls einen Autounfall. Das Fahrzeug (ebenfalls ein Firmenwagen) war zwar stark verbeult, aber noch fahrtüchtig. Also brauste er weiter. Pech für ihn, daß er aufgrund des demolierten Fahrzeugs auffiel und kontrolliert wurde. Weiteres Pech war, daß ein Alkoholtest durchgeführt wurde. Ergebnis: Weit über 1,2 Promille (strafrechtlich fahrtüchtig). Die Folge für den Brandschutzleiter: Führerscheinentzug. Die Firmenleitung denkt auch hier keineswegs an Ahndung oder Haftung sondern ist anscheinend der Auffassung, daß es seiner Stellung abträglich ist, im Werk zu Fuß zu gehen. Er erhielt eine werksinterne Fahrerlaubnis.

Bei Feuerwehrleuten, denen wegen Alkohol am Steuer ebenfalls der Führerschein entzogen wurde, war man bisher wesentlich kleinlicher. Bei denen wurde sogar die weitere Tätigkeit als Maschinist in Frage gestellt. Alle sind eben gleich, nur manche sind gleicher.

Bauernpräsident unverschämt

Constantin Freiherr von Heeremann, Bauernpräsident und BAYER-Aufsichtsratsmitglied, ist durch und durch standesbe-

wußt. "Seine Durchlaucht" war durchaus uneinsichtig und ziemlich erregt, als eine Düsseldorfer Polizeistreife das noble Fahrzeug des adeligen Gutsherren zwecks einer Routinekontrolle zu stoppen wagte. Heeremann sei "verärgert" gewesen, daß "jetzt schon Autos mit Chauffeur" angehalten würden. Bei dem folgenden Wortwechsel hat der Bauernpräsident nach Polizeiangaben die Beamten beleidigt und einem Polizisten die Wagenfür zweimal in den Rücken geschlagen.

POLITIK & EINFLUSS

BAYER nutzt Gesellschaft für Innere Medizin

Der BAYER-Konzern nutzt die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin (DGIM) für seine Zwecke. 1992 beschloß die Mitgliederversammlung der DGIM ab sofort auch sog. korporative Mitglieder, also vor allem Pharma- und Medizintechnikfirmen sowie Verlage aufzunehmen, die „aktiv in die Verwirklichung der Ziele der DGIM“ eingebunden werden sollen. Der BAYER-Vertreter, Th. R. Weihrauch, sitzt gar in dem dreiköpfigen Sprecherremium, das die korporativen Mitglieder im Ausschuß der DGIM und gegenüber dem Vorstand vertritt. U. a. folgende gemeinsame Projekte und Vorhaben der DGIM und ihrer korporativen Mitglieder vorgesehen:

- Beteiligung bei der Festlegung der Therapiestandards
 - Beteiligung an der medizinisch-klinischen Qualitätssicherung in Diagnostik und Therapie
 - Beteiligung bei der Festlegung der Standards für pharmaköonomische Berechnungen
 - Unterstützung bei der Forderung nach wechselseitiger Anerkennung der Voten von Ethikkommissionen
 - fachliche Beratung und Begutachtung von prinzipiellen Fragen der Ethik
 - Abgabe von Stellungnahmen zu aktuellen, pharmapolitischen und wissenschaftlichen Themen (z. B. Positivliste)
 - Stellungnahmen im Rahmen der Zulassung von Arzneimitteln
 - Festlegung von Standards für Wirksamkeitsnachweise
 - bevorzugte wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den korporativen Mitgliedern im Rahmen von Studien und Kongressen
 - bevorzugte Berücksichtigung bei der Vergabe von Begleitsymposien im Rahmen der wissenschaftlichen Jahrestagung der DGIM
 - Bereitstellung einer Plattform im Rahmen des Jahreskongresses für gesundheitspolitische Fragen
 - bevorzugte Zusammenarbeit in der Öffentlichkeitsarbeit, auch unter dem Aspekt der positiven Wahrnehmung".
- Sollte also in nächster Zeit im Zusammenhang mit gesundheitspolitischen Themen von Stellungnahmen der DGIM die Rede sein und sollten Konzerne darauf verweisen, daß die DGIM bestätigt, was sie selbst bereits seit Jahren wiederholen, so liegt das daran, daß BAYER geschäftsordentlich das Manuskript lieferte.

Schneider will noch weniger Auflagen

BAYER-Chef Manfred Schneider will - trotz der in Bonn verabschiedeten Deregulierungsgesetze, die weitgehende Freiheiten für die Errichter und Betreiber gefährlicher Anlagen vorsehen (s. S. 9), noch weniger Umweltauflagen, noch weniger Steuern und noch geringere Lohnkosten. Schneider wörtlich: "Unsere Lohnkosten sind zu hoch, bei den Energiekosten sind wir mit Japan Weltspitze, bei den Kosten für Umweltschutz ebenfalls." Auf die Frage, ob der Konzernlenker in Deutschland noch Fabriken bauen würde, antwortete er: "Nein, das lohnt sich nicht."

Spesen: Benachteiligung von Großverdienern?

Die leitenden Angestellten von 14 Großunternehmen, darunter SIEMENS, BERTELSMANN, DEUTSCHE BANK, MERCEDES BENZ, THYSSEN und auch BAYER, haben Bundesfinanzminister Theo Waigel in einem Brief aufgefordert, die seit Jahresbeginn geltenden Bestimmungen zur steuerlichen Absetzbarkeit von Spesen und zur privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen rückgängig zu machen. Die neuen Regelungen demotivierten die Führungskräfte wegen der damit verbundenen finanziellen Einbußen. "Gerade diese Gruppe, die als Antriebsmotor für Dynamik in der Wirtschaft sorgt und damit maßgeblich zum

Sprudeln der Steuerquellen beiträgt, wird hierdurch benachteiligt", heißt es in dem Schreiben.

Genehmigungen: Bonn BAYER-hörig

Die Bundesregierung hat sich dem BAYER-Postulat nach schnelleren Genehmigungen voll unterworfen. Nicht nur, daß Bundestag und Bundesrat noch vor der Sommerpause eiligst die sog. Beschleunigungsgesetze durchgepeitscht haben (s. S. 9 in diesem Heft); eine halb-offizielle Regierungsposillle scheut sich nicht, auch noch zuzugeben, in wessen Auftrag sie handelt. In einer Ausgabe von BMWi heißt es völlig unverblümt: "Daß in Deutschland Genehmigungsverfahren ... lange dauern, ist kein Geheimnis. ... Wer Musterbeispiele für schnelle Industrieansiedlungen sucht, dem sei ein Besuch in den neuen Bundesländern empfohlen. ... Daß Schnelligkeit keine Hexerei ist, macht das Beispiel der BAYER BITTERFELD GmbH in Sachsen-Anhalt deutlich. Nur 20 Monate dauerte das Genehmigungsverfahren ..." Und Dr. Peter Knopf, im Leverkusener Stammwerk für die Anträge bei den Behörden zuständig, darf schwärmen: "Rekordzeit, zumal die Genehmigungen nach Bundesimmissionsschutzgesetz schon nach drei Monaten ausgesprochen wurden." Auf welche Weise in dieser kurzen Zeit die damals noch vorgeschriebene und heute durch die Beschleunigungsgesetze arg gekappte BürgerInnenbeteiligung umgesetzt wurde, bleibt das Geheimnis von BAYER und Bundesregierung.

Regierung verärgert über selbstherrliche Konzerne

Durch die zunehmende Globalisierung der Konzerne verlieren die nationalen Regierungen aus der Sicht der Unternehmensführer immer mehr an Bedeutung. Dies spiegelt sich auch in rüden Umgangsformen wider, die selbst BAYER-freundliche Politiker wie Helmut Kohl und Edmund Stoiber auf die Palme bringen. Der Bundeskanzler etwa hat sich nach weitreichenden Einschnitten ins soziale Netz verärgert über noch weiterreichende Forderungen und die ständige Diskussion um den Standort Deutschland geäußert. "Die können den Hals nicht voll kriegen", sagte er. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber schimpfte gegen die Doppelmoral der deutschen Manager, "die in Deutschland Golf spielen wollen und im Ausland investieren." QUELLE???

Gewerbeaufsicht bei BAYER in Brunsbüttel

Sie ist eigentlich dazu da, Betriebe zu kontrollieren. Stattdessen sitzt man beim Kaffee zusammen und plaudert „besonders praxisnah und informativ“. MitarbeiterInnen der schleswig-holsteinischen Gewerbeaufsicht waren im BAYER-Werk Brunsbüttel zu Besuch. Die BehördenvertreterInnen des Arbeitskreises „Störfallverordnung“ und BAYER-Angehörige befaßten sie sich mit der landesweit einheitlichen Ausführung der Störfallverordnung. An diesem Regelwerk haben BAYER-"Experten" intensiv mitgearbeitet.

PROPAGANDA & MEDIEN

Tigerente wirbt für BAYER

Der allseits bekannte und bei vielen Kindern beliebte Buchautor und Illustrator Janosch hat als Werbebroschüre für das sog. Kleintierpflegeprogramm von BAYER das „Lexikon der Freundschaftspflege“ entwickelt. Motive aus dieser Broschüre setzt BAYER auch in einer neuen Werbekampagne ein. Janosch war bereits früher schon in die Schulbinde der Kritik geraten, weil er seine "Emil-Grünbär"-Figur für Konzerne wie BOSCH und HENKEL zur Verfügung gestellt hat.

Wenn die Chlorchemie eine Zukunft hätte

Bei einer Diskussion im Forum in Leverkusen mit dem sinnreichen Titel „Zukunft der Chlorchemie“ veranstaltet von der CHRISTLICHEN DEMOKRATISCHEN ARBEITNEHMERSCHAFT war auch die BAYER-Betriebsrätin und GRÜNEN-Landtagsabgeordnete Marianne Hürten eingeladen. Die überzähligen Befürworter der Chlorchemie auf dem Podium, u. a. BAYER-Vertreter Hans-Jürgen Neuhahn und IG CHEMIE Bezirkspräsident Gerd Hengsberger, wiederholten die Propaganda für die Chlorchemie gebetsmühlenartig. Bei BAYER hänge 70 % der Produktion in irgendeiner Form mit dem nützlichen Chlor

zusammen. Es gebe zwar gefährliche Chlorproduktion aber die Industrie kenne den Stoff und könne längst damit umgehen, ließ sich Neuhahn vernehmen. Hengsberger trommelte das abgenutzte Fell der Arbeitsplätze. Wer Chlor grundsätzlich ablehne, entziehe dem Standort Leverkusen und dem Standort Deutschland die Existenzgrundlage. Krebsgefahr, Erbgutschäden, Energievergeudung, Argumente der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, seien der „Standortfrage“ unterzuordnen.

Lehrer zu Gast bei Kurt-Hansen-Stiftung

Auf Einladung der Kurt-Hansen-Stiftung kamen ca. 20 LehrerInnen aus NRW in die Chemieregion Bitterfeld, wo BAYER ein Werk unterhält. Die Veranstaltung war anerkannt als Lehrerfortbildung. Kurt Hansen war zu Lebzeiten bei den berühmtesten IG FARBEN und später bei BAYER im Vorstand tätig.

BAYER-Werbung bei angehenden ÄrztInnen

Wer als MedizinstudentIn das Physikum bestanden hat, kann in den Genuß des BAYER-Werbeprogramms „studia-med“ kommen. Viermal im Jahr gibt's ein kostenloses Buchpaket mit dem garantierten Eindruck „Mit den besten Wünschen überreicht von Ihrer BAYER AG“ oder ähnlich. Wählen kann die arme Studentin/der arme Student die Bücher nicht, denn BAYER weiß was Studis wünschen! Manfred Wald von der BAYER-Pressabteilung begründet diese sog. „Prä-Marketing-Methode“ folgendermaßen: „Der Student heute ist der Arzt von morgen. Wir möchten heute Kontakt knüpfen, um morgen Diskussionen führen zu können.“

BAYER-Jubilare: Armer, reicher Verein

Normalerweise darf ein Verein keine Überschüsse erwirtschaften, erst recht nicht wenn er gemeinnützig ist. Über die (all-)gemeine Nützlichkeit eines Vereins der Jubilare der BAYER AG ließe sich trefflich streiten. Unstrittig ist jedoch, daß dieser Verein zur Innenwerbung, zur Festigung der Corporate Identity, also der Familienbande, gute Dienste leistet. Nun ist dieser Verein mit einer Mitgliederzahl von 28.029 und einem Vermögen von 2.266.277 Mark offensichtlich der größte und reichste Verein Leverkusens. Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung wurde nun beschlossen, das Vereinsvermögen aus steuerlichen Gründen zu reduzieren. Die Zuschüsse von BAYER werden in Zukunft ausbleiben (z. B. für Blumengebinde im Todesfall). Auch dies wieder eine Möglichkeit für das arg gebeutelte Unternehmen zu sparen. Jubilare ist übrigens, wer mindestens 25 Jahre zum Gewinn des Unternehmens beigetragen hat.

Pillenbroschüre: Der kleine Dolmetscher

Um seinen Absatz für Arzneimittel im Ausland zu fördern, hat der BAYER-Konzern einen medizinischen Sprachführer ("Der kleine Dolmetscher") für Auslandsreisen herausgegeben, der es ermöglichen soll, allgemeine Krankheitssymptome, aber vor allem auch Symptome von sogenannten „Frauenkrankheiten“ zu erkennen und gezielt nach Medikamenten mit dem BAYER-Kreuz zu verlangen.

Gutes Gentechklima?

Die Kampagnen der Gentech-Befürworter reißen nicht ab. Nun wirbt die Stadt Köln - mit Unterstützung von "Unternehmen in Köln" - mit der "spürbare(n) Aufgeschlossenheit für ... Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie". Prof. Dr. Jeff Schell vom Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung (mit roter Pappnase, sehr sinnig) sagt in der Anzeige, die in großen Publikumsmedien geschaltet wird: "Im geistigen Klima dieser Stadt fühlen wir uns wohl". Der BAYER-Konzern, der eine Weltführerschaft auf dem Gebiet der Gentechnik anstrebt, ist personell und finanziell mit dem Max-Planck-Institut verbunden. Ob die Anzeigenkampagne, die einen Sieg der Befürworter über die Gegner der Gentechnik suggeriert, von BAYER mitfinanziert wird, ist bislang unklar.

DRUGS & PILLS

AUTAN in Dänemark wegen Krebsgefahr verboten!

Das dänische Umweltamt hat alle Anti-Mücken-Präparate mit Substanz Diethyl-Toluamid wegen des dringenden

Verdacht der Krebsgefahr verboten. Darunter auch das BAYER-Mittel AUTAN, Marktführer in Deutschland und Kassenschlager in aller Welt. BAYER-Sprecherin Ulrike Mangel hat dafür kein Verständnis: Der Wirkstoff sei von der Weltgesundheitsorganisation und dem Bundesgesundheitsamt zugelassen. Bisher sei bei milliardenfacher Anwendung angeblich keine Krebserkrankung nachgewiesen worden.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert einen Produktionsstopp bis zur endgültigen Klärung der gesundheitlichen Risiken. Immerhin: Natürliche, völlig unschädliche Substanzen können Mücken ebenso gut fernhalten. Und: Ohne AUTAN müssen auch Meerschweinchen nicht mehr leiden, die in BAYER-Laboren rasiert, mit AUTAN eingerieben und anschließend einem ganzen Schwarm von Mücken ausgeliefert werden.

„Entschädigung“ für AIDS-Opfer in USA

Nach jahrelangen von den Unternehmen verzögerten Verhandlungen haben in den USA die BAYER-CORPORATION, die BAXTER HEALTHCARE CORPORATION und zwei weitere Unternehmen den Anfang der 80er Jahre durch Blutgerinnungsprodukte der jeweiligen Firmen mit HIV infizierten Blutern bzw. deren Angehörigen eine Schadenersatzsumme von insgesamt 600 Millionen Dollar (etwa 900 Millionen Mark) angeboten. Schätzungsweise 6.000 Menschen sind damals, ähnlich wie in anderen Ländern der Welt (s. Befichterstattung in SWB 2/96), durch Blutgerinnungspräparate mit dem HI-Virus infiziert worden. Inzwischen sind nach Jahren der Prozeßverschleppung in den USA ca. 3.000 Menschen verstorben. Ebenso wie in Deutschland und Japan hätte der Tod von vielen tausend Menschen verhindert werden können, hätten die Unternehmen nicht durch den Verzicht auf einen Test und das Erhitzen des Blutes ihren Profit erhöhen wollen. Das Entschädigungsangebot gilt auch für die Nachkommen bereits verstorbener HIV-Opfer; die Unternehmen legten noch einmal 40 Millionen Dollar für die bisher entstandenen Anwaltskosten der rund 800 KlägerInnen nach - allerdings, so betonte die Vizepräsidentin der BAYER CORPORATION, Margo Barnes, müssen die Betroffenen nachweisen, daß sie tatsächlich nicht erhitzte Blutgerinnungsprodukte verwendet haben. Damit ist ein perfider Fallstrick konstruiert. Denn erstens ist ein solcher Nachweis nur schwer zu führen, und zweitens hat BAYER relativ früh ein Erhitzungsverfahren eingeführt, das dennoch - da die SpenderInnen nicht getestet wurden - Infektionen nicht ausschließen konnte.

Wie in allen anderen Fällen von HIV-Verbreitung durch Pharmakonzerne verstehen die Unternehmen ihr Angebot natürlich nicht als Schuldeingeständnis und behaupten, nicht gewußt zu haben, daß eine Hitzebehandlung den Virus unschädlich macht.

Generika jetzt auch noch von BAYER

Seit dem 1. Mai 1996 bietet BAYER 22 sogenannte Nachahmer-Präparate an, für die die Patente ausgelaufen sind. Es sind ausschließlich verschreibungspflichtige Medikamente der sog. medizinischen Grundversorgung. Mit einer eigens gegründeten Gesellschaft BASICS PHARMA GmbH, die in Erkrath in der alten BAYER-Villa residiert, will BAYER den großen Generika Herstellern wie z. B. RATIOPHARM mit einem Umsatz von z. Zt. 700 Millionen Mark Konkurrenz machen. Mit Sprüchen wie „Billig aber BAYER“ oder „Alles Gute kommt von BAYER“ und Preisen im unteren Drittel des Marktsegments (nach BAYER-eigener Aussage) bemüht der Konzern das Image „bewährte Qualität zum günstigen Preis“. Nachahmer-Produkte machen inzwischen 57 % des Umsatzes aller generikafähigen Produkte aus, das sind rund 500 Millionen Packungen oder 15 Milliarden Mark. Für das Jahr 2000 wird ein Verhältnis von 70 zu 30 zugunsten der Generika prognostiziert. BAYER erhofft sich nach Ablauf von 2 bis 5 Jahren 80 bis 100 Millionen Mark von diesem Kuchen einzuerleben. In nächster Zeit soll das Angebot auf 40 bis 50 verschreibungspflichtige Produkte ausgeweitet werden und es steht zu befürchten, daß BAYER auch auf dem Markt für freiverkäufliche Medikamente absahnen will. Um die Kosten gering zu halten wurde für BASICS PHARMA kein eigener Vertriebsdienst gegründet, sondern BASICS PHARMA wird von den bisherigen VertreterInnen mit beworben. Darüber hinaus nervt der Konzern die ÄrztInnen mit Mailings und Telefon-Hotlines. Vor

zehn Jahren schoß der Konzern gegen die Billig-Konkurrenz mit Sprüchen wie: „Wenn Ihnen die Gesundheit Ihres Kindes teuer ist, darf Ihnen nicht jedes Medikament billig sein.“ Vor zwei Jahren beschlossen die Konzern-Gewaltigen, sich in den hart umkämpften Generika-Markt zu stürzen und beteiligten sich an SCHEIN PHARMACEUTICAL INC. einem der größten Generika-Hersteller auf dem amerikanischen Markt. Es folgten der Markteintritt in Kanada, Mittelamerika (El Salvador), Großbritannien, Südafrika, Spanien und zuletzt wurde die GENERICS TAIWAN CO. Ltd. gegründet.

Die Bundesvereinigung deutscher Apothekerverbände (ABDA) ist nicht gerade erfreut über BAYERs Markteintritt, da Generika grundsätzlich die Gewinnspanne von ApothekerInnen schmälern und Lagerfläche in Anspruch nehmen. Etwa 60 % aller Präparate sind verschreibungspflichtig und müssen daher bereitgehalten werden. Für einzelne Wirkstoffe gibt es teilweise bis zu 80 AnbieterInnen und der wird dann noch von unterschiedlichen Produzenten in unterschiedlichen Packungseinheiten angeboten. Die Exkursion von BAYER auf den deutschen Generika-Markt führt keineswegs zu Kostensenkungen im Sinne von PatientInnen sondern fügt den Tausenden sinnlosen Medikamenten weitere hinzu.

Malaria: Keine Ethik, nur Profit

Die schwere Malaria-Erkrankung von Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt hat die Frage nach einer wirksamen Therapie in die öffentliche Diskussion gebracht. Der BAYER-Konzern, als langjähriger Patentinhaber des ersten Prophylaktikums mit dem Handelsnamen RESOCHIN, ließ seinen Forschungsleiter Wolf-Dieter Busse mitteilen: "Ein neues Malaria-Mittel wäre ethisch wünschenswert, aber die Aufwendungen sieht eine Firma nie wieder." Selbst die ezkonservative Welt am Sonntag schlußfolgert da: "Die Pharma-Multis arbeiten nur nach ihren Satzungen - also nicht gegen die Geißeln der Menschheit, sondern für die Dividende. In diesem Umfeld sind (gerade für die sog. Dritte Welt dringend notwendige, ho) Medikamente gegen Malaria und Lepra, Tuberkulose und Bilharziose nur Nischenfüller. So hat die BAYER AG die Tropenforschung bereits 1987/88 eingestellt."

Diabetiker: BAYER hilft den ÄrztInnen sparen

Zur Umsatzsteigerung für sein umstittenes (SWB berichtete) Diabetes-Präparat GLUCOBAY initiierte der BAYER-Konzern ein Projekt unter dem Motto "Gruppensprechstunde für Diabetiker", das den Zeitaufwand der ÄrztInnen pro PatientIn vermindern soll. Fünf bis sechs DiabetikerInnen sollen in einer 30-minütigen Gruppensprechstunde zusammengeführt werden, in der eine Basisberatung sowie eine Schulung stattfinden sollen - „unter Ausnutzung der Gruppendynamik“. ÄrztInnen bekommen von BAYER (kostenlos?) ein Handbuch, Arbeitshilfen und ein einführendes Abendseminar. Wer weiß, wie sehr Diabetes in das Leben der Betroffenen eingreift und wie lange DiabetikerInnenschulungen z. B. in Krankenhäusern dauern, wird über die Kürze der Gruppensprechstunde erstaunt sein. Aber wahrscheinlich reichen 30 Minuten, um PatientInnen die BAYER-eigenen Produkte der Diabetes-Abteilung völlig unverbindlich näher zu bringen.

BAYER coacht ApothekerInnen

Da die Konkurrenz auf dem Pharma-Markt immer größer werde, sei es wichtig für Hersteller, nicht nur gute Produkte, sondern auch Dienstleistungen anzubieten, meint Bernhard Heffner, Apothekenmarketing-Coach (was für ein Wort!) der Firma BAYER auf einem Forum der „Frankfurter Wirtschaftsloge“ zum Thema Apotheken-Partnerschaftskonzepte im März 1996. BAYER bot dort kooperationswilligen ApothekerInnen für ein Eintrittsgeld von 1.500,- DM eine Schulung, die den Namen BayCAM (BAYER Cooperatives Apotheken Marketing) trägt. BayCam tritt bewußt in Konkurrenz zu einem bewährten, von ApothekerInnen selbst organisierten Apotheken-Partnerschaftskonzept mit Namen pharmapharm. Das Ziel von BayCAM: Die eigenen Produkte besser im Sortiment zu vertreten und den Einfluß auf ApothekerInnen zu vergrößern.

BayCAM zählt zur Zeit 300 Mitglieder und will mittelfristig erst einmal auf 2.000 (10 % aller Apotheken von Deutschland) expandieren.

GENE & KLONE

Gen-Industrie trifft EU-Abgeordnete

Der für die SPD im Europäischen Parlament sitzende Abgeordnete Christof Tannert hat Mitte des Jahres in Straßburg ein Gespräch zwischen 33 Vertretern der Gen-Industrie (darunter auch BAYER, MONSANTO, SCHERING, CIBA GEIGY) und einem Dutzend Parlamentariern organisiert. Das zu diesem Anlaß gereichte opulente Mahl wurde von der EU-Lobby-Organisation der Chemieindustrie, SAGB, finanziert.

Auf Seiten der Industrie besteht großes Interesse an der Fortführung dieses "Dialoges". Hat doch das EU-Parlament die Vorlage zur Nicht-Kennzeichnung gentechnischer Lebensmittel teilweise abgelehnt (SWB berichtet) und die Patentierfähigkeit biotechnischer Erfindungen abgelehnt. Doch BAYER & Co arbeiten nun sicherlich im Gespräch an einer Nachbesserung.

200 Millionen Mark für Gentechnik

Insgesamt 200 Millionen Mark wendet BAYER für Gentechnik auf und wartet bei „bescheidenem Umsatz“ auf bessere Zeiten. BAYER-Vorstandsmitglied Pol Bamelis: „Die Politik hat sich erfreulich korrigiert. Wir könnten auf den zweiten Zug aufspringen. Den ersten haben die Deutschen vor etwa zehn Jahren verpaßt. Damals ging es bei BAYER um einen Standort zur gentechnischen Herstellung des Proteins Faktor VIII, ein Präparat, das bei der Bluterkrankheit verabreicht wird. Letztlich sind dann in Kalifornien fast 900 Arbeitsplätze entstanden.“ Es scheint, BAYER wittert Morgenluft und testet das öffentliche politische Klima für größere Investitionen in der Gentechnik.

Euregio! Interregio! BIOREGIO?

Welcher Ungeist treibt bundesdeutsche Politik-VerwalterInnen zu solcherart Wortschöpfungen? Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) hat 1995 den BIOREGIO-Wettbewerb ausgeschrieben. Die Regionen erhalten bis zu 100.000 Mark - bei einer Förderquote von 50% - für die Entwicklung eines Konzeptes zur Umsetzung von Wissen in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen für die Biotechnologie in der ersten Phase des Wettbewerbs. Erklärtes Ziel des BIOREGIO-Wettbewerbs ist es, „die in Deutschland bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten, Fördermaßnahmen und Investitionshilfen für Unternehmen der Biotechnologie durch Integration der bio- und gentechnischen Kapazitäten und Aktivitäten in der jeweiligen Region zu konzentrieren.“

PLASTE & ELASTE

Umweltpreis für Plastikflasche

Ausgerechnet für eine Plastik(mehrweg)flasche hat BAYER aus der Hand von Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt einen "Preis für umweltfreundliche Verpackung" erhalten. Das "unkaputtbare" als Milchflasche benutzte Behältnis wird aus dem BAYER-Kunststoff MAKROLON im Uerdinger Werk hergestellt.

PESTIZIDE & HAUSHALTSGIFTE

Wieder mehr Pestizide

Seit 1987 sind der Biologischen Bundesanstalt (BBA) jährlich die Mengen der im Inland abgegebenen und der ausgeführten Pestizide zu melden. Die jüngsten Zahlen datieren von 1994 und dokumentieren nach einem Rückgang der in Deutschland abgegebenen Pestizide bis 1993 auf 28.930 Tonnen wieder einen leichten Anstieg auf 29.769 Tonnen. Ähnlich ist beim Export nach einem kontinuierlichen Abfall der Menge bis auf 79.898 Tonnen wieder ein Anstieg auf 82.129 Tonnen zu beobachten.

BAYER ist einer der größten Pestizid-Produzenten der Welt.

Hormonelle Wirkungen von Chemikalien noch verheerender als befürchtet

BAYER (und andere Konzerne) produzieren Chemikalien, die neben schwerwiegenden Umwelteinflüssen eine hormonelle Wirkung haben. Dadurch sind ganze Arten vom Aussterben

bedroht, die Zeugungsfähigkeit der Menschen steht auf dem Spiel. Doch nicht nur Pestizide und Duftstoffe - hier ist die BAYER-Tochter HAARMANN & REIMER Weltmarktführer - haben verheerende Wirkungen, selbst bisher als vergleichsweise harmlos eingestufte Substanzen können in Kombination mit anderen Stoffen extrem gefährlich werden.

Das konservative amerikanische Magazin SCIENCE, weltweit die wichtigste Zeitschrift für Naturwissenschaften, hat sich erstmals dem Thema "Störungen des Hormonhaushalts durch Umweltchemikalien" gewidmet.¹ Die hormonelle Wirkung von einzelnen Chemikalien (in erster Linie Kunststoffe, Reinigungsmittel und Pestizide²) ist erst in den achtziger Jahren in das Blickfeld der Wissenschaft geraten und wird mittlerweile von vielen Experten als die größte von der chemischen Industrie ausgehende Gefahr angesehen. Die nun in SCIENCE beschriebenen Untersuchungen kommen zu dem bestürzenden Ergebnis, daß die Störung des Hormonkreislaufs und von Neurotransmittern (das sogenannte endokrine System) durch Umweltgifte stärker ist, als selbst von Pessimisten angenommen. Besonders die **Kombination** verschiedener Stoffe, die allein für sich genommen häufig ungefährlich sind, kann schwere Schädigungen wie Mißbildungen im Mutterleib, abnehmende Zahl von Spermien bis zur Zeugungsfähigkeit, Störungen des Nervensystems, Geschlechtsumwandlungen und Krebs verursachen. Die Studie untersucht Schädigungen, die durch Kombination von zwei bzw. drei Chemikalien verursacht werden. Ausgewählt wurden solche Stoffe, die sich stark in der Natur angereichert haben (in der Hauptsache Pestizide). Das erschreckende Ergebnis: Die Störungen des Hormonsystems sind durch die Kombination mehrerer Stoffe bis zu 1.600 mal stärker als die Schädigungen durch die Einzelstoffe. Stoffe wie z. B. Chlordan, die für sich genommen den Hormonhaushalt nicht beeinflussen können, verstärken dennoch in großer Weise die schädliche Wirkung anderer Chemikalien.

Die beschriebenen Ergebnisse werden nicht ohne Auswirkungen auf die Untersuchungsmethoden der Aufsichtsbehörden bleiben können, da diese auf der ganzen Welt bisher nur die Wirkung von Einzelstoffen berücksichtigen, obwohl auch aus anderen Bereichen eine Potenzierung von unterschiedlichen Schädigungen bekannt ist³. Bisher sind über 50 industriell hergestellte Stoffe bekannt, die **hormonell wirken** und somit **Wachstum** und Entwicklung von **Menschen und anderen Säugetieren**, Vögeln, Fischen und **Reptilien stören**. Während **natürliche Hormone** biologisch leicht abbaubar sind, zeichnen sich **hormonell wirkende Chemikalien** durch ihre **Persistenz (Stabilität)** aus. **BAYER und die gesamte chemische Industrie** hatten immer beteuert, die **angeblich schwache "Hintergrundbelastung"** könne keine Schädigungen hervorrufen - eine Position, die die "etablierte" Wissenschaft über Jahre hinweg akzeptiert hat, die aber nun von SCIENCE eindeutig verworfen wird. Mahner, wie die COORDINATION, die seit Jahren vor einer schleichenden Vergiftung der Umwelt durch die chemische Industrie warnen (vgl. SWB 4/94), werden traurigerweise eindrucksvoll bestätigt: Nicht mehr und nicht weniger als das Leben auf der Erde ist in seiner Gesamtheit bedroht!

Das Problem wird noch dadurch verstärkt, daß die Wissenschaftler keine gemeinsamen molekularen Eigenschaften der gefährlichen Stoffe fanden. Dies bedeutet, daß aus der chemischen Struktur nicht auf die hormonelle Aktivität geschlossen werden kann. Somit müssen alle Stoffe einzeln und in Kombination untersucht werden - eine Arbeit für Generationen! Die chemische Industrie stellt allein 70.000 Stoffe her und jährlich kommen 1.000 neue dazu. Die Ergebnisse und das im Frühjahr erschienene Buch "Our stolen future" von Theo Colborn haben in den USA eine breite Debatte ausgelöst, die besonders in den großen Tageszeitungen wie der New York Times geführt wird. In einem gemeinsamen Aufruf von Toxikologen, Neurologen, Aufsichtsbehörden und Umweltverbänden wird festgestellt, daß weitreichende Folgen für die **menschliche Gesundheit** und das **Tierreich** zu befürchten sind, **da das endokrine System** sehr anfällig selbst für geringste Störungen ist und die relevanten Chemikalien vom **Arktis** bis zu den Tropen verteilt sind. Daher wird ein **Produktionsverzicht** zumindest für die bisher bekannten **hormonell aktiven Substanzen** und eine Umkehrung der Beweislast zu Ungunsten der Hersteller gefordert. Zudem sollte die Zahl der neu eingeführten Stoffe reduziert werden und besonders der

Einsatz von Pestiziden verringert werden.

¹ Steven Arnold, "Synergistic Activation of Estrogen Receptor with combinations of Environmental Chemicals", SCIENCE 272, 7. Juni 96

² BAYER ist der viertgrößte Hersteller von Pestiziden weltweit, und größter Anbieter in Deutschland von Pyrethroiden und Polyurethanen.

³ zum Beispiel verstärken Tabakrauch und Asbest gegenseitig ihre Schädlichkeit; Röntgenstrahlung erhöht die Toxizität einiger Chemikalien.

Alt-Pestizide gefährden Mensch und Umwelt

Nach Angaben der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gefährden rund 100.000 Tonnen Pestizid-Giftmüll die Gesundheit der Menschen in den sog. Entwicklungsländern - besonders in Afrika, Asien und Osteuropa. Dabei handelt es sich um Reste von Lieferungen im Rahmen von "Entwicklungshilfe" - in Wahrheit wohl zumeist Subventionen für die heimische Giftindustrie. Denn laut FAO waren mindestens 40% der Exporte überflüssig und nutzlos.

Da es an Möglichkeiten zu einer sicheren Entsorgung zumeist mangelt, wachsen die Mengen weiter an. Die Pestizidbestände sind potentielle Zeitbomben, denn viele Chemiebehälter sind undicht geworden und können nicht sachgerecht gelagert werden. Dadurch werden die Böden und das Grundwasser verseucht. Wenn nicht bald etwas geschieht, droht laut FAO eine katastrophale Lage. Die FAO fordert eine umweltverträgliche Beseitigung und möchte dabei auch die Hersteller in die Pflicht nehmen. Die Gesamtkosten hierfür werden auf etwa 100 Millionen US-Dollar geschätzt. Der Industrieverband Agrar, in dem BAYER als Deutschlands führender Giftmischer und die übrigen Pestizidanbieter organisiert sind, hat eine finanzielle Beteiligung bereits zurückgewiesen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN schließt sich den Forderungen der FAO an. Die Brunnenvergifter bei BAYER, BASF, AGREVO und Co dürfen nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

Boycott gegen Pestizidproduzenten

In den USA hat sich eine Boykottbewegung gegen die acht größten Produzenten von Ackergiften gebildet, darunter BAYER, CIBA-GEIGY, HOECHST, DOW und DU PONT. Der Protest richtet sich insbesondere gegen die **genetische Veränderung von Saatgut, das gegen bestimmte Pestizide resistent gemacht wird, wodurch noch größere Mengen der "Pflanzenschutzmittel" aufgebracht werden können.**

Der Boykott soll sowohl alle Produkte als auch den Besitz von **Aktien** umfassen. **Alle Finanzinstitute und Investmentfonds werden aufgefordert, mit den Unternehmen keine Geschäfte mehr zu tätigen.** Insbesondere die Arbeit der amerikanischen Umweltbehörde EPA, die seit vielen Jahren für eine Reduzierung der Gifffracht kämpft, soll unterstützt werden. Kontakt über Email über: davibook@aruzio.com

Chemieangriff auf Grundwasser abgewehrt

Der europäische Gerichtshof in Luxemburg hat die EU-Richtlinie über die Zulassung von Pestiziden für nichtig erklärt und damit, so die grüne Europa-Abgeordnete Undine von Blottnitz, einen "hinterhältig eingefädelten chemischen Großangriff auf das Wasser" abgewehrt. Die Richtlinie, so die EU-Richter, möge zwar der Agrar-Lobby nützen, nicht aber der Umwelt. Die EU-Umweltminister hatten 1994 gegen deutschen Widerstand eine Liste von 700 erlaubten Pestiziden gebilligt und festgelegt, daß die geltenden Grenzwerte nur dort eingehalten werden müßten, wo Trinkwasser gewonnen werde. Dies entspricht nur etwa 10 % der gesamten Fläche der Gemeinschaft. "Da wird verseucht, was einmal eine kostbare Trinkwasserreserve werden kann", ereiferte sich Dagmar Roth-Behrend vom Umweltausschuß des Europa-Parlaments. Das Gericht gab den EU-Abgeordneten recht. Da schon der Weg zu einer Klage sehr steinig ist, bedeutet das Urteil einen großen Sieg gegen die Agrar-Lobby. Bleibt abzuwarten, ob BAYER & Co in der noch nicht abgeschlossenen Gesetzgebung über Wasser und Pestizide noch weitere Schlupflöcher zur Aufweichung der strengen Höchstwerte-Richtlinien finden.

FAO-Report: Geringe Pflanzenressourcen

Die Welt-Ernährungs-Organisation (FAO) hat einen Sachstandsbericht zum Thema **weltweite Pflanzenressourcen** herausgebracht, in dem dokumentiert wird, daß die Befürchtungen der Nicht-Regierungsorganisationen (wie der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN) Wirklichkeit ge-

worden sind. Extensive Ausbringung von Pestiziden sowie die Patentierung von Pflanzen haben bereits zu einer rapiden Abnahme der Varietät der weltweiten Pflanzenressourcen geführt.

HOLZ & GIFTE

Holzgiftopfer: BAYER lehnt Entschädigung ab

Die im Holzgiftskandal beteiligten Firmen, allen voran BAYER, lehnen eine Entschädigung der Opfer ab. Der Frankfurter Oberstaatsanwalt hatte einen entsprechenden Fond vorgeschlagen und im Gegenzug die Einstellung des Prozesses angeboten. Wie berichtet, hatte BAYER vor Jahren bereits seine Anteile an jenem Unternehmen, das Millionen Menschen in aller Welt zum Teil lebensbedrohlich vergiftet hat, an die Miteigentümerin SOLVAY verkauft, um sich damit aus der Schuldlinie zu bringen. Der in Frankfurt verhandelte "größte Umweltprozeß der Nachkriegsgeschichte" wurde endlos in die Länge zu gezogen, die Verurteilung zweier DESOWAG-Manager auf Druck von BAYER & Co durch den Bundesgerichtshof wieder aufgehoben. Nun wollen sich die beteiligten Firmen restlos aus der Verantwortung ziehen. Denn die DMS VERWALTUNGS GmbH als Nachfolgerin der inzwischen aufgelösten DESOWAG MATERIALSCHUTZ, der BAYER-Konzern als ehemalige Anteilseignerin sowie die derzeit alleinige Muttergesellschaft SOLVAY haben den staatsanwaltlich vorgeschlagenen Fonds kategorisch und endgültig abgelehnt. BAYER und SOLVAY waren lediglich bereit, in einen Fond zur Erforschung der Auswirkungen von „Substanzen“ auf Menschen einzuzahlen.

Die COORDINATION fordert eine Bestrafung der Manager, auch und besonders bei BAYER, sowie eine umfassende Entschädigung der Opfer.

WASSER, BODEN & LUFT

Arzneimittel im Trinkwasser

Jahr für Jahr werden in Deutschland tonnenweise Medikamente verordnet, eingenommen und wieder ausgeschieden. Kein Wunder also, wenn sich Pharma-Grundsubstanzen von BAYER & Co immer häufiger im Trinkwasser beängstigenden Mengen nachweisen lassen. So wurden z. B. 1993 bis zu 116 Tonnen (!!) Acetylsalicylsäure (u. a. ASPIRIN) in Reinform verordnet. Im Brunnenwasser nachgewiesen wurden auch bis zu 270 Nanogramm (pro Liter) der Substanz Clofibrinsäure, die gegen erhöhte Cholesterinwerte verabreicht wird. Bis zu 21 Tonnen dieser Substanz wurden 1993 verschrieben. Ebenso finden sich Rheumamittel, Betablocker, Antibiotika und Östrogene. Es wird befürchtet, daß Medikamentenrückstände in Gewässern mitverantwortlich sein können für die bei erschreckend vielen Tierarten zu beobachtenden Fortpflanzungsstörungen. So sind als Folge der zunehmenden Chemisierung z. B. im Raum Berlin 70 % der Havelfische weiblichen Geschlechts. Besonders für Säuglinge und Kinder kann die Vergiftung mit Rückständen im Trinkwasser eine tickende Zeitbombe sein.

Tonnenweise Gift ins Wasser

Wenngleich die Abwasserbelastung nach BAYER-Angaben in den vergangenen Jahren rückläufig ist, fließen immer noch tonnenweise Gifte in den Rhein. Nachfolgend veröffentlichen wir die (von BAYER offiziell zugegebenen) Abwasserfrachten für die BAYER-Werke in Leverkusen, Dormagen, Krefeld-Uerdingen, Wuppertal-Elberfeld und Brunsbüttel sowie für die jeweils zur Hälfte zu BAYER und zum BP-Konzern gehörende ERDÖLCHEMIE, AGFA GEVAERT, BAYER FASER, KRONOS TITAN, DYSTAR und Wuppervverband:

Chemischer Sauerstoffbedarf	33 t/Tag
Adsorbierbare Organische Halogenverbindungen	0,23 t/Tag
Ammonium-Stickstoff	2,3 t/Tag
Nitrat-Stickstoff	8 t/Tag
Phosphor	0,3 t/Tag
Chrom	16 kg/Tag
Zink	50 kg/Tag
Quecksilber	0,1 kg/Tag
Blei	6 kg/Tag
Kupfer	26 kg/Tag
Cadmium	0,15 kg/Tag
Nickel	21 kg/Tag

Die eingeleiteten Mengen sind gesetzlich erlaubt. Angaben über die Einleitung gentechnisch veränderter Organismen und Zellen werden nicht gemacht.

UMWELT & SCHMUTZ

BAYER-Umweltbericht: Viel Glanz, wenig Falden

Das Berliner Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) hat die sog. Umweltberichte von Unternehmen unter die Lupe genommen und dabei maximal 500 Punkte vergeben. Während Unternehmen wie KUNERT (414) und NEUMARKTER LAMMSBRÄU (425) an der Spitze liegen, rangiert BAYER mit 249 Punkten eher hinten. (Schwacher Trost: BASF und HOECHST liegen mit 171 bzw. 169 Punkten noch weiter abgeschlagen.) Der US-Kontrahent DOW CHEMICALS, sicherlich kein Waisenknabe in Sachen Ökologie und Glasnost, erreicht immerhin 355 Punkte; daran wird deutlich, wie schwerwiegend das schlechte Abschneiden der FARBEN-Töchter ist: Sie können nicht einmal den gar nicht allzu strengen Kriterien ihres eigenen internationalen Chemie-Verbandes gerecht werden. Von den insgesamt 19 Emissions- und Abfallstoffen, die der internationale Chemieverband zur Veröffentlichung empfiehlt, meldet DOW noch 16, BAYER nur 12 und HOECHST lediglich 8.

Auf die dürftige Qualität seines sog. Umweltberichtes angesprochen sonderte BAYER-Chef Manfred Schneider Allgemeinplätze ab: "Wir produzieren keine PR-Placebos. ... Für BAYER besitzt der ständige Dialog mit der Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert." Zu der Frage, ob ein Umweltbericht vom Gesetzgeber vorgeschrieben werden sollte, meint Schneider: "Wir haben doch wirklich genug Bürokratie und Gängelei ... Nein, das wäre sicher nicht hilfreich."

GIFT & MÜLL

Argentinien: Illegaler Giftmüll

Im argentinischen Patagonien ist ein Giftmülllager entdeckt worden, das offensichtlich vom Chemiemulti BAYER dort angelegt worden ist. "Es scheint so auszusehen, daß es sich um BAYER-Abfälle aus den 70er Jahren handelt", gibt selbst Dirk Epp, Leiter der BAYER-Pestizidabteilung vor Ort, zu.

Der Fund wurde möglich, weil ein ehemaliger BAYER-Mitarbeiter die Presse darüber informiert hatte, daß in der Provinz Rio Negro zehn bis zwölf Tonnen Ackergifte illegal vergraben seien. BAYER-Mann Epp zur Art der dreckigen Hinterlassenschaft: "Möglicherweise sind es organische Phosphor-Spritzmittel", also etwa E 605 oder andere von der Weltgesundheitsorganisation als extrem gefährlich eingestufte Mittel.

BAYER behauptet, die "Deponierung" sei nach damals und bis heute gültigem Recht erfolgt. Eine Auswirkung auf Mensch und Umwelt sei, da die private Giftmüllstätte weit von Wohnsiedlungen entfernt läge, ausgeschlossen. Dagegen berichtet die Tageszeitung "Pagina 12" in Buenos Aires unter Berufung auf die Regierung von Rio Negro, daß inzwischen sogar die Staatsanwaltschaft in den Fall eingeschaltet worden sei.

UmweltschützerInnen befürchten nun, daß die wild abgelagerten Pestizide das Grundwasser verseucht haben und damit Menschen und Tiere jahrelang einer Vergiftung ausgesetzt haben. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert eine umfangreiche, unabhängige Untersuchung, die Sanierung sowie umfassende Entschädigungszahlungen an die Betroffenen.

STANDORTE & PRODUKTION

Kein Parkhaus von BAYER in Leverkusen

Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre war BAYER noch auf Expansionskurs rund ums BAYER-Werk in Leverkusen. BürgerInnen organisierten sich, ein Haus wurde besetzt, um eine Ausdehnung von BAYER im Stadtteil Wiesdorf und eine weitere Vertreibung von Menschen durch Abriß zu verhindern. BAYER expandierte und plante ein Parkhaus, um das Wohngebiet vom Werk abzuschirmen, so hieß es, und weil zusätzlicher (Park)Platzbedarf gegeben sei. Da BAYER inzwischen die Produktion weitgehend ins Ausland verlegt als am „teuren Standort Deutschland“ neu zu bauen bzw. Produktionsstandorte rückbaut oder sie anderen Unternehmen zur Verfügung stellt, ist abgesehen von den Kosten für ein Parkhaus auch kein Platzbedarf in dieser Größenordnung mehr vorhanden.

IMPERIUM & WELTMARKT

100 Jahre in Brasilien

Seit nunmehr hundert Jahren verdient BAYER gutes Geld in Brasilien mit dem Verkauf und ab 1921 auch der Produktion chemischer Produkte. In Belford Roxo nahe Rio de Janeiro hat BAYER auf 2 Millionen Quadratmetern einen Industriepark aus dem Boden gestampft, in dem etwa 300 Produkte hergestellt und vor allem auf dem Inlandsmarkt abgesetzt werden. Der Umsatz lag bisher bei 600 Millionen Dollar und soll bis zum Jahr 2000 auf 800 Millionen Dollar hochgetrieben werden. Auf wessen Kosten der höhere Umsatz erwirtschaftet werden wird, wird augenfällig, wenn man die Beschreibung der Arbeitsbedingungen in den diversen STICHWORT BAYER-Heften nachliest. Nachdem BAYER seine Chromproduktion nach Südafrika verlagert (s. SWB 2/96), gibt es konzerninterne Überlegungen, die eigene Chromerzmine im Norden Brasiliens zu verkaufen.

BAYER aktiv in Bulgarien

Neben Asien sind die ehemals sozialistischen Länder Objekt BAYERScher Begierde. In Bulgarien war BAYER bis dato nur mit AGFA BULGARIA präsent. Kürzlich wurde in Sofia die Gesellschaft BAYER BULGARIA EOOD gegründet, in der AGFA BULGARIA aufging und die sich mit Kautschuk, Kunststoffen, Pflanzenschutz und AGFA-Foto beschäftigt. Aus 30 MitarbeiterInnen wurden 28 Millionen Mark Umsatz herausgepreßt, bis 1998 sollen es mindestens 40 Millionen werden.

BASICS PHARMA gegründet

Seit dem 1. Mai 1996 bietet BAYER 22 sogenannte Nachahmer-Präparate an, für die die Patente ausgelaufen sind. Es sind ausschließlich verschreibungspflichtige Medikamente der sog. medizinischen Grundversorgung. Mit einer eigens gegründeten Gesellschaft BASICS PHARMA GMBH, die in Erkrath in der alten BAYER-Villa residiert, will BAYER den großen Generika Herstellern wie z. B. RATIOPHARM mit einem Umsatz von z. Zt. 700 Millionen Mark Konkurrenz machen.

Starcke Schleifmittel

Die BAYER-Tochter H.C. STARCK will ihre Schleifmittelaktivitäten mit der österreichischen TREIBACHER SCHLEIFMITTEL AG zusammenführen. STARCK hält 25% an der Gemeinschafts-firma mit 1.000 MitarbeiterInnen.

Blut von BAYER und IMMUNO?

Ein Gerücht sei laut BAYER, was IMMUNO, Hersteller von Plasmaproteinen bestätigte: Es gibt Gespräche von BAYER und IMMUNO über eine Kooperation auf dem Blut-Plasma-Markt. Die österreicherisch-schweizerische Firma mit einem Erlös von umgerechnet 750 Millionen Mark bringt es auf einen Weltmarktanteil von 10 % ebenso wie BAYER. Das neue Joint-venture würde der Firma CENTEON, Tochter von HOECHST und CHIRON mit 24 % Weltmarktanteil massiv Konkurrenz machen.

Lizenzvertrag mit CV THERAPEUTICS

Durch einen Lizenzvertrag mit der CV THERAPEUTICS in Palo Alto/Kalifornien hat sich BAYER Exklusivrechte an Testverfahren, Molekülen und Patenten für molekularbiologische Methoden bei der Untersuchung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen gesichert. Diese Lizenzen sollen zur Entwicklung neuartiger entzündungshemmender Medikamente, etwa zur Behandlung von Arteriosklerose, eingesetzt werden.

Sprungbrett Thailand

Im März verkündete BAYER-Chef Manfred Schneider in Bangkok die Übernahme von Mehrheitsbeteiligungen an zwei thailändischen Chemieunternehmen. Zum einen übernahm die BAYER-Tochter H.C. STARCK die Mehrheit an der THAI TANTALUM CO., die ursprünglich ein Joint-venture zwischen der PREMIER-Gruppe, MONSANTO und der japanischen MITSUBISHI CHEMICAL CORPORATION war. Zum anderen erwarb BAYER die Mehrheit an der PREMIER ENTERPRISE PLC, die auf den Namen BAYER PREMIER CO. LTD umfirmiert wurde. BAYER Premier soll pro Jahr 25.000 Tonnen Styrol-Acrylnitril und 46.000 Tonnen Acrylnitril-Butadien-Styrol (ABS) herstellen. BAYER PREMIER soll 1996 150 Millionen Mark umsetzen, THAI TANTALUM etwa 50 Millionen. Im Jahr 2000 will BAYER alleine in Thailand 500 Millionen Mark umsetzen und die beiden Joint-

ventures für Exporte in die Region nutzen. Insgesamt will BAYER den Asien-Umsatz in den nächsten zehn Jahren auf 15 Milliarden Mark verdoppeln. Der asiatische Raum ist für die transnationalen Konzerne wie BAYER einerseits ein riesiger Markt und andererseits ein billiger Produktionsstandort.

BAYER expandiert in Asien

Derzeit geben sich die Manager bundesdeutscher Chemie-firmen in China die Türklinken in die Hand. Nicht zuletzt BAYER ist in China präsent (s. z.B. SWB 1/96). Kürzlich reiste Vorstandschef Manfred Schneider wieder zu einer Grundsteinlegung nach Peking. BAYER HEALTHCARE CO. Ltd. soll mit 270 MitarbeiterInnen Arzneimittel wie ADALAT, NIMOTOP und CLUCOBAY produzieren. BAYER hat in den Betrieb 44 Millionen Mark investiert. Darüberhinaus wird von erfolgreichen Verhandlungen mit CHLOR ALKALI berichtet, mit der BAYER ein Joint-venture zur Herstellung von Industriekunststoffen einzugehen beabsichtigt. In den nächsten zehn Jahren, verkündete Schneider, wolle BAYER seinen Umsatz in China auf 1,5 Milliarden Mark verdoppeln.

Wechsel im Aufsichtsrat

Hermann Wunderlich, bisher stellvertretender Vorstandsvorsitzender BAYER AG, wechselte in den Aufsichtsrat. Die Nachfolge von Paul Laux als Arbeitnehmervertreter dieses unternehmerfreundlichen Gremiums übernimmt Rolf Nietzard, Gesamtbetriebsratsvorsitzender. Er wurde zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Walter Wenninger ist zum Chairman der US-amerikanischen BAYER CORPORATION berufen worden. Bisher bekleidete diesen Posten Hermann Wunderlich.

Neuer Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie

Nachdem der ehemalige Personalchef von BAYER, Professor Dr. Klaus Kleine-Weische die sich in den Ruhestand verabschiedet hat, wurde auch ein Nachfolger für seinen Posten als Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie gesucht. (Merke: Gewichtige Personen haben nicht nur einen Posten.) Nachfolger wurde Ludwig Georg Braun, Vorstandsvorsitzender der BRAUN MELSUNGEN AG, Stellvertreter wurden Hubertus Erlen von SCHERING und BASF-Finanzvorstand Max Dietrich Kley.

WISSENSCHAFT & FORSCHUNG

Der alte Duisberg und die Patente

Die BAYER-Patentabteilung feiert in diesem Jahr ihren hundertsten Geburtstag. Über 180.000 Erfindungen ließ sich der Leverkusener Multi bis heute als geistiges Eigentum schützen. Zur Zeit gibt es 75.000 "weltweit lebende Patentanmeldungen" wie ASPIRIN, E 605 und DRALON. Auch Kampfstoffe, wie das VX-Gift der Nato, stammen aus den Laboren von BAYER.

Um den Schutz geistigen Eigentums hat sich der berühmte (s. S. 28 in diesem Heft) ehemalige Generaldirektor Carl Duisberg höchstselbst gekümmert. Vor dem Eindruck eines Patentprozesses vor dem Leipziger Reichsgericht schuf Duisberg seine mächtige Patentabteilung. 1899 ging es um die Patentfähigkeit des Farbstoffes "Kongo-Rot". BAYER obsiegte dank Duisbergs Intervention, der triumphierend an den Kollegen Carl Rumpff von der (damals noch nicht mit BAYER vereinten) AGFA schrieb: "Ich war noch nie so glücklich, wie an diesem Abend."

Stadler Honorarprofessor

Peter Stadler, Chef der BAYER-Gentechnik ist zum Honorarprofessor der Uni Bielefeld ernannt worden. Ein Sprecher der Hochschule ließ verlauten: „Die Hochschule würdigt damit Stadlers Leistungen auf dem Gebiet der industriellen Bio- und Gentechnik, sowie seine Verdienste um den Standort Deutschland.“ Über das „Honorar“, das BAYER der Universität für ihren Professor zahlte wurde nichts bekannt.

UNFALLE & KATASTROPHEN

Verpuffung in Brunsbüttel

Im Brunsbütteler BAYER-Werk kam es am 8.5.96 aufgrund einer undichten Flanschverbindung zu einer deutlich hörbaren Verpuffung von Wasserstoff. Der brennbare Wasserstoff beschädigte die an der Austrittsstelle liegenden Betriebseinrichtungen. BAYER erklärte, man habe den Unfall durch Schnellabschaltung in kurzer Zeit beendet. Es seien keine giftigen Stoffe freigesetzt worden und Menschen nicht zu Schaden gekommen. Die zuständigen Behörden seien umgehend informiert worden.

Chlor-Transporter bei Leverkusen verunglückt

Auf der A3 bei Leverkusen kam es am 20. Mai zu einem schweren Unfall, an dem ein mit Chlorgas beladener Lkw von BAYER beteiligt war. Der Anhänger des Lastwagens war ins Schleudern gekommen und umgekippt, wodurch drei Gasflaschen beschädigt wurden und Leck schlugen. Der Fahrer und über 20 Insassen eines Reisebusses wurden durch die ausströmenden Gase verletzt und mußten in ein Krankenhaus gebracht werden, sieben Personen wurden auf der Intensivstation behandelt. Die A3 war mehrere Stunden gesperrt, Anwohner und Autofahrer wurden über Lautsprecher vor den Gesundheitsgefahren gewarnt.

Chlorgase wurden im ersten Weltkrieg von BAYER als Giftgas für den Einsatz an der Front geliefert.

Seit bald zwanzig Jahren warnen Bürgerinitiativen und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN vor den Risiken, die von den Chemietransporten zwischen den einzelnen BAYER-Werken ausgehen. Bis Mitte der Achtziger Jahre wurde sogar das in geringen Konzentrationen tödliche Nervengift Phosgen, Vorprodukt bei der Kunststoffherstellung, mit Lastwagen über Autobahnen transportiert.

Der Unfall ist symptomatisch für die Gefahren, die speziell von dem Element Chlor und den Produkten der Chlorchemie ausgehen. Wie das Umweltbundesamt feststellte, ist Chlor der am häufigsten austretende Einzelstoff bei Störfällen in der chemischen Industrie überhaupt und verantwortlich für 60 % aller Verletzungen. Aber auch fast alle Produkte aus dem Bereich Chlorchemie (wie PVC, Pestizide, Polyurethan, Pyrethroide) bergen unkalkulierbare Risiken, wie jüngst beim Brand des Düsseldorfer Flughafens deutlich wurde.

Chlorhaltige Verbindungen sind nicht nur toxisch relevant, sondern auch sehr langlebig und daher biologisch kaum abbaubar. Daher fordert die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN die Einstellung aller Gefahrguttransporte und den Ausstieg aus der Chlorchemie.

O-Ton BAYER: "Sicher unterwegs!"

Im BAYERmagazin vom März 1996 wird das Risiko durch Gefahrgut-Transporte (was für ein verharmlosendes Wort!) schöneredet und ignoriert: "Fast die Hälfte aller von BAYER 1995 versandten Güter fiel unter die Gefahrgutverordnungen. Von den insgesamt 2,7 Millionen Tonnen dieser Kategorie waren die meisten 'ätzenden' Stoffe, an zweiter Stelle standen die als 'giftig' deklarierten Verbindungen, gefolgt von denen, die unter 'entzündbar' eingestuft sind. Das Unternehmen wird der Verantwortung, die sich aus der Herstellung und dem Transport derartiger Güter ergibt, durch ein aktives Gefahrgutmanagement gerecht. Dazu zählt neben einer praxisorientierten Umsetzung aller Vorschriften auch die freiwillige Selbstkontrolle: Speziell ausgebildete Gefahrgutbeauftragte überprüfen u. a. stichprobenartig die Qualität der Ladungssicherung. (Auch bei Fremdunternehmen?, d. Red.) Ein eigenes entwickeltes Ladungssicherungshandbuch ist dabei verbindlicher Maßstab für alle Betriebe. Freiwillige Maßnahmen kommen hinzu: Bei Binnentankschiffen werden ausschließlich Modelle mit Doppelhüllentanks eingesetzt. Und auf der Straße rollen beim Gefahrguttransport - wo immer möglich - (dha, d. Red.) Fahrzeuge mit Ladungssicherung ihrem Ziel entgegen, die unterhalb der Ladefläche eine von BAYER mitentwickelte Auffangwanne mit integriertem Wärmeleiter eingebaut haben."

Leverkusen: Abwasser ausgelaufen

Die zuständigen Behörden seien informiert worden, eine Gefährdung für Menschen und Umwelt habe zu keinem Zeitpunkt bestanden - erklärte BAYER. Tatsache war, daß am

19.4.96 im BAYER-WERK Leverkusen durch ein Leck in einem Abwasserbehälter angeblich geringe Mengen Abwasser ausgetreten sind, die mit Trimethylamin belastet waren. In ganz Wiesdorf hat es ekelerregend nach Fisch gestunken. Ob tatsächlich weder Mensch noch Umwelt gefährdet wurden, bleibt wohl das Geheimnis von BAYER.

Störfallsimulation am PC

Als ungeheuer innovativ werden die Aktivitäten der BAYER-Forschungsabteilung verkauft, in Echtzeit am Computer alle Vorgänge zu simulieren, die vor Ort in einem Reaktor wirklich ablaufen und diverse kritische Situationen durchzuspielen. BAYER versucht die Computersimulation als Erfüllung seiner Verpflichtung zu Störfallanalysen zu verkaufen, obwohl solche Programme eigentlich die Funktion haben, komplex aufgebaute Reaktionsanlagen und Produktionsverfahren zu optimieren.

Eine effektive Verbesserung des Katastrophenpotentials - die Verlagerung der Anlagen aus den Wohngebieten - lehnt BAYER von jeher ab.

VCI fordert: Gefahrgut auf die Schiene!

Der VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE (VCI) fordert einen schnellen Ausbau der Bahninfrastruktur in Deutschland. So könne die Sicherheit von Chemietransporten am ehesten erhöht werden, sagte der Vorsitzende des Verbands-Fachausschusses Transportsicherheit Hans Kohl. Allerdings liegt dieser Forderung keineswegs die Wandlung des Verbandes zum einsichtigen BÜßER in Sachen Umweltpolitik zugrunde, sondern vielmehr die Unfähigkeit, trotz aller Versprechungen der Chemieindustrie, die Gefahrguttransporte zu vermindern. Katastrophen wie der brennende Kesselwagen in Schönebeck bei Magdeburg, der mit krebserregendem Vinylchlorid gefüllt war, seien nicht auszuschließen, so Kohl. Vor allem aber will der VCI durch den Ruf nach mehr Schienen dem Ruf nach schärferen Gesetzen zuvorkommen. Seit 1990 gibt es eine Vereinbarung zwischen der chemischen Industrie und der Bahn, so viele Gefahrguttransporte wie wirtschaftlich vertretbar von der Bahn durchführen zu lassen - zu einer Ausstattung von mehr Chemiestandorten mit Bahnan schlüssen hat diese Übereinkunft allerdings nicht geführt.

Immer mehr Verkehrsunfälle

Das Transportunfall-Informationssystem (TUIS) des VERBANDES DER CHEMISCHEN INDUSTRIE (VCI) ist 1995 bei etwa 700 Chemie-Verkehrsunfällen tätig geworden. Hilferufe der örtlichen Rettungskräfte erreichten TUIS 1995 insgesamt 1.200 mal. In den letzten zehn Jahren wurde insgesamt 9.000 mal Hilfe von TUIS angefordert.

SPORT & MEDAILLEN

Holiday-Park ums BAYER-Stadion

"Die Konzentration einer solch großen Zahl hochklassiger Sportanlagen mitten in einer Stadt ist einmalig", schwärmt Gerald Bruchhausen, Geschäftsführer der städtischen SPORT-PARK LEVERKUSEN GMBH. Gemeint ist die Ansammlung von Sportstätten in unmittelbarer Nähe des BAYER-eigenen Ulrich-Haberland-Stadions, darunter ein kleines Stadion für Amateurlernen mit Laufbahnen und Hallen, ebenfalls in BAYER-Besitz. Gegenüber befinden sich die städtische (!) Halle des BAYER-Basketballvereins TSV 04, sowie das alte Freibad, an dessen Stelle die Kommune bis 1997 für 20 Millionen Mark ein sogenanntes „Erlebnisbad“ bauen wird. Dieses Ensemble wollen Stadt und Konzern künftig zu einer „Erlebniswelt“ ausbauen und gemeinsam vermarkten. Um das Ulrich-Haberland-Stadion noch attraktiver zu gestalten errichtet BAYER in der Südkurve eine der modernsten Tribünen aller Bundesligastadien (also gewiß keine Stehplätze!). Neben 1.050 Sitzplätzen, einem Eingangsbereich mit Foyer, einem Tagungsraum mit 300 Plätzen, zehn Firmenlogen mit insgesamt 160 Plätzen und einer Tiefgarage erhält das Gebäude auch eine komplette Büroetage. Im Bereich der Osttribüne wird McDONALDS eine Filiale errichten (SWB 2/96 berichtete).

SORRY: In unserem Sonderinfo STICHWORT BAYER EXTRA 4/96 zum Thema Tierversuche ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen, auf den uns eine Leserin aufmerksam gemacht hat. Wir berichteten darin, daß nach Schätzungen der COORDINATION bei BAYER täglich 6 Mio. Tiere "verbraucht" werden. Die Zahl ist falsch. Tatsächlich liegt die von der COORDINATION errechnete Zahl bei 6 Mio. Tieren im Jahr. So hatten wir es in SWB 3/95 (S. 28) korrekt berichtet.

Der plötzliche Tod ist eine Spezialität von BAYER

(SWB/PAN) Am 6. Juli erschien in der "Prensa Libre", der wichtigsten Tageszeitung Guatemalas, eine ganzseitige Anzeige, in der für das BAYER-Gift BAYGON-Insektenspray mit dem Slogan "Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität" geworben wurde.

Dieser Slogan erinnert nicht nur auf makabre Weise an die deutsche Geschichte, an chemische Kampfgase und Zyklon B, er verstößt auch gegen den Verhaltenskodex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), den auch BAYER unterschrieben hat.

Im Artikel 11 des Kodexes heißt es, daß Werbung für Pestizide "Käufer und Anwender dazu ermutigen (soll), die Gebrauchsanleitung sorgfältig zu lesen oder sie sich vorlesen zu lassen, wenn sie nicht lesen können." Stattdessen wird mit dieser Anzeige suggeriert, daß es sich um ein Mittel handelt, das auf schnelle und einfache Weise Probleme mit sog. Haushaltsschädlingen löst, ohne jedoch Risiken zu benennen. Dies ist besonders verheerend, weil es sich bei dem in Guatemala vermarkteten BAYGON-Insektenspray um ein Pestizid mit hochgefährlichem Inhalt handelt: Das guatemaltekeische BAYGON-Insektenspray enthält drei Wirkstoffe, von denen zwei (Cyfluthrin und Propoxur) von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in die Klasse II "mittelgefährlich" und ein Wirkstoff (Dichlorvos) sogar in die Klasse Ib "hochgefährlich" eingestuft wird.

Wie das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) e.V. bei einem Vergleich des guatemaltekeischen und des in Deutschland vermarkteten BAYGON-Insektenspray feststellte, sind in dem deutschen Mittel völlig andere und ungefährlichere Wirkstoffe enthalten. Es liegt der Verdacht nahe, daß die Firma BAYER mit Rücksicht auf die kritische deutsche Diskussion um Pestizide hierzulande andere Inhaltsstoffe verwendet. Gerade aber in einem Land wie Guatemala, wo 44 % der Bevölkerung AnalphabetInnen sind, die Menschen mit den Risiken der freiverkäuflichen Pestizide wenig vertraut sind und sich nur schlecht schützen

können, sind solche hochgefährlichen Produkte fehl am Platz. Gifte wie BAYGON-Insektenspray werden oft in der Küche angewendet, Rückstände der sehr langlebigen Gifte verbleiben auf dem Mobiliar und dem Geschirr, verdampfen von dort aus weiter oder werden mit der Nahrung aufgenommen.

In einem offenen Brief fordern daher die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. und das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) e.V. die Firma BAYER auf:

· umgehend für die Einhaltung des

FAO-Kodexes Sorge zu tragen, · das BAYGON-Insektenspray unverzüglich in Guatemala vom Markt zu nehmen, · die Vermarktung von Pestiziden der WHO-Klasse I - nicht nur in Guatemala - in kurzer Frist einzustellen und in der "Prensa Libre" - und in allen anderen Zeitungen, in denen die Werbung erschienen ist - eine Anzeige gleicher Größe zu schalten, in der sich BAYER für den Anzeigentext entschuldigt und die LeserInnen deutlich daraufhinweist, daß es sich bei BAYGON-Insektenspray um ein gefährliches Gift handelt. Wir bitten alle LeserInnen, gleichlautend bei BAYER gegen die BAYGON-Werbung zu protestieren. (Kopie an CbG)

Übersetzung:

"Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität".

"Beim Fußball wie im Bereich der Insektizide sind die Deutschen Spezialisten darin, ihre Widersacher mit einem Mal zu vernichten. BAYGON eliminiert, genauso wie die deutsche Mannschaft, die furchterregendsten Gegner in einem Augenblick."

Violettes "P" auf gelbem Grund

Über die "volksbewußte Haltung gegenüber Polen" im Leverkusener "I. G. Werk"

(ho) Erst der vom BAYER-Chef Carl Duisburg herbeigeführte Zusammenschluß aller wichtigen Chemieunternehmen zum IG FARBEN-Konzern ermöglichte den zweiten Weltkrieg mit Zwangsarbeit, Massenterror und Bombenterror. Während die Vorstandsherren(menschen) bei BAYER & Co von der unheilvollen Allianz mit den Nazi-Schergen profitierten, mußten in den Werken des Farbenkartells zigtausende unter grausamen Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Im IG-eigenen Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz wurden über 30.000 Menschen "durch Arbeit vernichtet". STICHWORT BAYER wurden Originaldokumente aus dem ansonsten für die Öffentlichkeit verschlossenen Giftschrank des BAYER-Archivs zugespielt. Die Unterlagen aus dem Jahr 1941 werfen ein bezeichnendes Licht auf den peniblen deutschen Bürokratismus und die Menschenverachtung der Leverkusener Werksleitung.

In einem Schreiben an die "Herren Abteilungsvorstände, Betriebsleiter und Bürovorsteher" vom 29.12.1941 werden Richtlinien zum "Verhalten gegenüber Zivilarbeitern polnischen Volkstums" erlassen, die von dem zuständigen Leiter der Sozialabteilung (!) unterschrieben worden sind. Die Anordnungen berufen sich auf Recht und Gesetz, im einzelnen auf Vorschriften des Reichsarbeitsministers vom 5. November 1941. Im folgenden dokumentieren wir den Originaltext des Leverkusener Rundschreibens (leicht gekürzt). Die Zwischenüberschriften wurden nachträglich redaktionell eingefügt.

Stigmatisierung

"Eine volksbewußte Haltung verlangt von jedem Deutschen gegenüber den Polen den erforderlichen Abstand zu wahren. Dies gilt vor allem da, wo deutsche Volksgenossen unmittelbar im Betrieb mit Polen zusammenarbeiten. Auch die wegen der Unmöglichkeit eines abgesonderten Einsatzes der Polen vielleicht gemeinsam zu verrichtende Arbeit darf niemals dazu führen, daß die völkische Feindschaft beider Nationen dadurch verwischt wird. Jeder Betriebsleiter muß sich also stets bewußt sein, daß die ihm unterstellten Zivilarbeiter polnischen Volkstums Angehörige eines feindstaates sind und sein Verhalten danach einrichten. Jeder ge-

sellige Verkehr zwischen diesen Zivilarbeitern und Deutschen ist verboten. Jeder Betriebsleiter muß darauf achten, daß die diesen Arbeitskräften auferlegten Beschränkungen genauestens eingehalten werden, und daß jeder Pole bzw. jede Polin ein stets sichtbares, mit der jeweiligen Oberkleidung fest verbundenes Kennzeichen, und zwar ein violettes "P" auf gelbem Grund auf der rechten Brustseite trägt - auch auf der Arbeitskleidung."

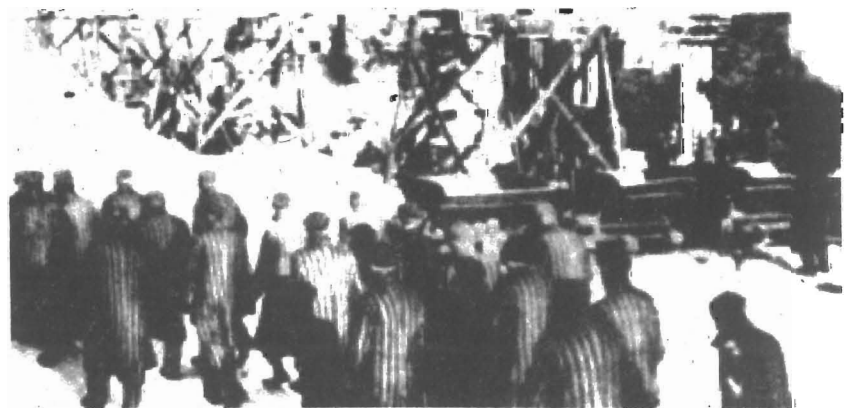
Kasernierung

"1. Ausgehzeit der Polen
Zivilarbeiter polnischen Volkstums dürfen in der Zeit vom 01.04. bis 30.09. von 21 bis 5 Uhr und in der Zeit vom 01.10. bis 31.03. von 20 bis 6 Uhr ihre Unterkünfte nur zum Zwecke eines von den Betriebsleitern angeordneten Arbeitseinsatzes verlassen.

Um Schwierigkeiten mit der Polizeiverwaltung zu vermeiden, ist den Arbeitern polnischen Volkstums, die infolge ihrer Schichtenteilung während der vorerwähnten Zeit die Straße passieren müssen, eine Bescheinigung mit Stempel des Betriebes auszustellen, aus der Schichtbeginn oder -ende ersichtlich ist. Die Bescheinigung ist gegebenenfalls jeweils für die Dauer einer Woche auszustellen. Formularblocks sind auf dem Papierlager erhältlich (Holl.Nr. 9846 584).

2. Fernbleiben von der Arbeit
Jedes unentschuldigte Fernbleiben von der Arbeit ist von den Betrieben sofort dem Kasinobüro, Herrn Blömer, Tel. 1293, telefonisch durchzugeben und ausserdem der Arbeiterannahme schriftlich mitzuteilen."

Häftlinge auf dem Weg zum Arbeitseinsatz im IG FARBEN-Werk



Dauereinsatz

"Lohn: a) Bezahlung der Polinnen bei Putz- und einfachen Betriebsarbeiten

Lohn: b) Bezahlung der Polen und Polinnen in Betrieben mit Prämienstd.

a) Die in den chemischen Betrieben tätigen Polinnen werden neben reinen Putzarbeiten, die grundsätzlich mit dem Stundenlohn zu bezahlen sind, außerdem mit Betriebsarbeiten (Fässerrollen und ähnl.) beschäftigt. Wenn die Polinnen solche Arbeiten in größerem Umfange verrichten, so können sie unter der Voraussetzung, daß für solche Arbeiten an deutsche Gefolgschaftsmitglieder ebenfalls eine Prämie gezahlt wird, bei 48-stündiger Arbeitszeit bis zu 7 Prämienstunden bei guten Leistungen verdienen. Erhöht sich die Arbeitszeit durch Über- oder Sonntagsstunden, so können die Prämienstunden in entsprechendem Verhältnis erhöht werden.

Literatur

Zum Thema IG FARBEN hat die COORDINATION zwei Veröffentlichungen vorgelegt.

1.) Buch: Von Anilin bis Zwangsarbeit, 240 S. mit vielen Abbildungen, DM 24,80

29 Broschüre: IG FARBEN, 24 S., viele Abb., DM 5,—

Zzgl. DM 8,— für Porto zu bestellen bei: CBG, Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

b) Ein Teil der Polen und Polinnen verdient nach den Leistungen nicht die volle Prämie. In diesen Fällen soll den Polen und Polinnen nur die tatsächlich verdiente Leistung in Prämienstunden angewiesen werden. Außerdem kann die in den Prämienabkommen vorgesehene Einarbeitungszeit verlängert werden. Die Dauer der Einarbeitungszeit ist der Beurteilung des Betriebsleiters überlassen."

Frauenfron

"Mit Rücksicht auf den Mangel an Putzfrauen sind die Polinnen verpflichtet, nach Feierabend abwechselnd in den Betriebsbüros bis zu 2 Stunden zu putzen. Die Betriebsbüros melden ihren Bedarf sofort bei der Arbeiterannahme. Die Mädchen

wecheln sich monatlich ab und werden durch die Lagerführerin bestimmt, die den Betrieben jeden Monat eine Namensliste der eingeteilten Mädchen einreicht.

Arbeitskleider (Hemden usw.) mit ins Lager genommen werden."

Torzum Konzentrationslager Auschwitz



Die Betriebsbüros, in denen die Polinnen putzen, melden die Anzahl der geleisteten Stunden pünktlich dem Fabrikkontor. Formulare für die Stunden-Nachweisungen sind im Fabrikkontor erhältlich."

Urlaubsentzug

"Mit Rücksicht auf eine geordnete Beaufsichtigung der Polen, die auch außerhalb des Werkes durchgeführt werden muß, können kurzfristige Beurlaubungen nur nach vorheriger Rücksprache mit der Sozial-Abteilung erfolgen. Wir halten es dabei für selbstverständlich, daß kurzfristige Beurlaubungen nur in wirklich begründeten Fällen, wie behördliche Vorladungen, Aufsuchen des Arztes usw. genehmigt werden."

Mangelhafte Schutzkleidung

"Es ist darauf zu achten, daß in den Fällen, in denen Schutzkleidung gestellt werden muß, zwischen deutschen und ausländischen Gefolgschaftsmitgliedern insoweit unterschieden wird, daß die besseren Kleidungsstücke an die deutschen Gefolgschaftsmitglieder zur Ausgabe gelangen. Unter keinen Umständen dürfen

Scharfe Kontrolle

"Sämtliche im Werk beschäftigten Ausländer - ohne Unterschied der Nationalität - sind an ihren Arbeitsstätten und auf ihren Gängen innerhalb des Werkes unter besonders scharfer Kontrolle zu nehmen."

Verbot politischer Bestätigung

In einer Anordnung vom 26. Mai 1941 heißt es: "Unter Bezugnahme auf das Rundschreiben Nr. 936 vom 11. September 1939 bitte ich, die Gefolgschaftsmitglieder nochmals in geeigneter Weise darauf hinzuweisen, daß sie alle Flugblätter politischen Inhalts, anonyme Zuschriften ähnlichen Inhalts oder feindliches Propagandamaterial sofort dem Führer des Betriebes oder dem Abwehrbeauftragten abzuliefern haben. Auf keinen Fall darf der Inhalt solcher Schriften verbreitet oder auch nur an einen einzelnen Anderen bekannt- bzw. weitergegeben werden."

Ein grauenvolles Dokument (Auszug / Montage), das die alltägliche Menschenverachtung im Leverkusener BAYER-Werk widerspiegelt. Die penibel-bürokratische Drangsalierung von Zwangsarbeitern setzte sich in der systematischen Ermordung - mit dem IG FARBEN-Gas ZYKLON B - in den Konzentrationslagern fort. Bis heute verweigert BAYER den Überlebenden und Hinterbliebenen eine Entschädigung. Noch auf der letzten Hauptversammlung behauptete der Vorstandsvorsitzende, Dr. Manfred Schneider, daß es abschließende Regelungen gegeben hätte und BAYER nicht Rechtsnachfolger der IG FARBEN sei.

Leverkusen-I.G. Farbe, den 29.12.1941
ABT. Verh. wesen
* - 3. JAN. 1942 *

AM 110

Herrn Altersvorsorgevorstände, Betriebsleiter
und Bürovorsteher
Leverkusen

Betr. Verhalten gegenüber Zivilarbeitern polnischen Volkstums.

Kontrolle der Ausländer

Sämtliche im Werk beschäftigten Ausländer - ohne Unterschied der Nationalität - sind an ihren Arbeitsstätten und auf ihren Gängen innerhalb des Werkes unter besonders scharfe Kontrolle zu nehmen. Für die hierzu in den Betrieben zu treffenden Massnahmen sind in jedem Falle die Betriebsleiter verantwortlich; Meister, Vorarbeiter und alle deutschen Gefolgschaftsmitglieder müssen die Betriebsleitung hierin tatkräftig unterstützen. Unerlaubte Entfernung von der Arbeitsstätte und damit ein freies, unbeobachtetes Umlaufen innerhalb des Werkes muss unbedingt unterbunden werden. Ganz besonders gilt dies für die im Werk beschäftigten Polen, für die versuchsweise die Begleitungspflicht fortgefallen ist. Bei Betriebsappellen ist unsere deutsche Gefolgschaft immer wieder darauf hinzuweisen, dass die genaue Beachtung und Durchführung der bezüglich Ausländer gegebenen Anordnungen im Interesse der Gefolgschaft, des Werkes und des Reiches liegt. Ungezügliche oder nachlässige Aufsicht und Nichtbeachtung der gegebenen Anordnung kann Sabotagehandlungen der Ausländer begünstigen. Auch in dieser Beziehung sind die Ausländer immer unter entsprechender Kontrolle zu halten. Weiter ist seitens der Betriebe besonders darauf zu achten, dass durch die Ausländer keine Flüsterpropaganda betrieben wird. Die Feindstaaten setzen eine solche bewusst an, da sie wissen, dass die Ausländer zur Herbeiführung von Zersetzungen ihre besten Helfer sind. Wenn die Betriebe Ratschläge in dieser Richtung benötigen, so steht hierzu gern der Werkschutz zur Verfügung. Sollten irgendwelche Verstöße vorkommen, die von den Betrieben nicht sofort beseitigt werden können, ist der Werkschutz zu benachrichtigen, damit alles unternommen werden kann, um Schädigungen des Werkes zu vermeiden. Gleichzeitig wird erwartet, dass seitens der Betriebe der Werkschutz bei Durchführung der gegebenen Anordnungen in jeder Weise unterstützt wird.

Sozial - Abteilung

Pott

Rd. Schr.
Nr. 709
Soz. Abt.



Der ehemalige BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg setzte sich für die Entwicklung chemischer Waffen ein, entwickelte das Modell "Zwangsarbeit", trieb die Vormachtstellung der deutschen Chemie voran, entwickelte die Idee der IG FARBEN, verfaßte mehrere "Denkschriften" zur Knebelung der Chemiker und Entmachtung ihrer Gewerkschaften (was in Bezug auf die LEUNA-Werke den Begriff "Zuchthaus LEUNA" prägte) und installierte in Deutschland ein System, das Politiker mit Geld beeinflussen sollte und konnte ("System Duisberg"). Bereits in den zwanziger Jahren forderte er einen "starken Führer", dem "bedingungslos zu folgen" sei. Anlässlich seiner Pensionierungsfestlichkeiten freute er sich öffentlich auf einen glücklichen "Lebensabend unter unserem Führer Adolf Hitler".